

GESELLSCHAFTS FORSCHUNG **2** 2021

Aktuelle Themen und Nachrichten

3 Presseschau

Forschung des MPIfG
in den Medien

6 Thema

Ein gutes Leben
im Klimawandel?
Beiträge der Soziologie
Christopher Schrader

10 Schwerpunkt

**Öffentliche Finanzen als
soziales Gewebe: Ideen für
eine neue Fiskalsoziologie**
Leon Wansleben

14 Interview

Jens Beckert zur neuen
Forschungsgruppe

18 Nachrichten

22 Neuerscheinungen
Bücher, Journal Articles,
Discussion Papers

25, 34 Veranstaltungen

Berichte und
Vorschau 2021/2022

32 Freunde und Ehemalige

Was macht eigentlich ...
Lukas Haffert

35 Ausschreibungen

2 Impressum



Schwerpunkt
**Eine Soziologie
öffentlicher Finanzen**

Impressum

Mit dem Forschungsmagazin *Gesellschaftsforschung* informiert das MPIfG zweimal im Jahr mit anschaulichen Artikeln und Berichten über seine Forschungsprojekte und -ergebnisse, Publikationen und Veranstaltungen. Ein Schwerpunktthema liefert Hintergrundinformationen aus der Forschung zu Themen der aktuellen öffentlichen Diskussion. Sie erhalten das Magazin in einer PDF-Fassung per E-Mail oder als Printausgabe. Abonnement und weitere Ausgaben unter

www.mpifg.de/forschungsmagazin

© Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Köln, September 2021

In Absprache mit der Redaktion frei zum Nachdruck.
Abdruck nur mit Quellenangabe.

Herausgeber

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Paulstr. 3 | 50676 Köln
Tel. +49 221 2767-0
www.mpifg.de | info@mpifg.de

Redaktion

Christel Schommertz (verantw.), Samira Strauß, Thomas Pott

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorin oder des Autors wieder und sind nicht als offizielle Stellungnahme des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung zu verstehen.

Bildnachweis

Titel: Protestaktion vor dem Berliner Reichstagsgebäude zum Bundesweiten Aktionstag für Steuergerechtigkeit (2017), IMAGO/Rolf Zöllner; iStock.com/AltoClassic: 5; MPIfG/As-
trid Dünkemann: 7, 11, 20 (links, oben rechts), 21 (beide), 25 (beide); picture alliance/dpa | Kay Nietfeld: 8; picture alliance/
Geisler-Fotopress | Christoph Hardt/Geisler-Fotopress: 9; picture alliance/Captital Pictures: 12; MPIfG/Jan Knoff: 15, 18; picture-alliance/akg-images/Erich Lessing | Erich Lessing: 17; Junge Akademie/Peter Himself: 32; Universität Zürich/Frank Brüderli: 33; Karen Shire (privat): 34; MPIfG/Christoph Seelbach: 35 (beide).

Gestaltung | Satz

pigur design, Potsdam | Jeanette Störte, Berlin

Mehr Themen und Standpunkte aus der Forschung des MPIfG

Auf seiner Website stellt das MPIfG weitere aktuelle Forschungsprojekte vor und liefert Hintergrundinformationen zu Themen, die zurzeit öffentlich diskutiert werden. Mit ihren „Standpunkten“ kommentieren Forscherinnen und Forscher des MPIfG Entwicklungen in Politik und Wirtschaft. Durch die „Porträts“ lernen Sie die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Kooperationspartner und Alumni des MPIfG näher kennen. In der Rubrik „Interviews“ sprechen sie über die Bedingungen ihrer Arbeit, neue Methoden und den Wandel der Forschungskommunikation.

www.mpifg.de/forschung/forschung/themen_de.asp

Das MPIfG

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eines der rund achtzig Institute der Max-Planck-Gesellschaft e.V., die von Bund und Ländern finanziert wird. Als eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften betreibt es anwendungsoffene Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften. Es ist bei der Auswahl und Verwirklichung seiner Forschungsvorhaben frei und unabhängig.

Folgen Sie uns auf Twitter

[@MPIfG_Cologne](https://twitter.com/MPIfG_Cologne)

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES



Forschung des MPIfG in den Medien

Wolfgang Streeck

Ist Kleinstaaterei der Ausweg?

Frankfurter Rundschau | 06.08.2021

In der Frankfurter Rundschau bespricht Otfried Höffe, emeritierter Professor für Philosophie an der Universität Tübingen, das neue Buch „Zwischen Globalismus und Demokratie“ von Wolfgang Streeck, Direktor emeritus am MPIfG.

<https://tinyurl.com/Streeck-FrankfurterRund>

Wolfgang Streeck

„Demokratisch ist nur der souveräne, nicht zu große Nationalstaat“

Die Welt | 01.08.2021

Interview mit Wolfgang Streeck, Direktor emeritus am MPIfG, zu seinem neuen Buch „Zwischen Globalismus und Demokratie“ (Suhrkamp). Streeck argumentiert, dass „die großen Fragen nicht technokratisch, auf der Ebene von sogenannter ‚global governance‘, sondern nur ‚vor Ort‘ gesellschaftlich, wenn man so will: moralisch, also demokratisch angegangen werden können.“

<https://tinyurl.com/StreeckWelt-082021>

Jens Beckert

Erben oder nicht erben – das ist heute die Frage

Stuttgarter Nachrichten | 19.07.2021

Noch nie wurde so viel vererbt wie derzeit. Was macht das mit den Menschen? Und ist das eigentlich gerecht? Ein Beitrag in den Stuttgarter Nachrichten, in dem unter anderem MPIfG-Direktor Jens Beckert zu Wort kommt.

<https://tinyurl.com/BeckertStuttgarterNach>

Wolfgang Streeck

„Die EU ist zum Scheitern verurteilt“

DER SPIEGEL | 17.07.2021

Anlässlich der Veröffentlichung seines neuen Buchs „Zwischen Globalismus und Demokratie“ spricht Wolfgang Streeck, Direktor emeritus am MPIfG, im Spiegel-Interview über EU-Politik, den Euro und den Brexit.

<https://tinyurl.com/StreeckSpiegel-072021>

Renate Mayntz

Wer sieht hier ein Muster?

DIE ZEIT | 01.07.2021

Soziologinnen und Soziologen sollen der Gesellschaft erklären, wie sie tickt. In der Krise sind sie gefragt wie nie – doch je populärer sie werden, desto umstrittener sind ihre Diagnosen. Ein ZEIT-Beitrag zur Rolle der Soziologie, in dem unter anderem MPIfG-Gründungsleiterin Renate Mayntz zu Wort kommt.

<https://tinyurl.com/MayntzZeit>

Lucio Baccaro

Direktor des Max-Planck-Instituts: „Ich produziere Theorien mit Wahrheitsgehalt“

Kölnische Rundschau | 27.06.2021

„Ich produziere Theorien mit einem ziemlich gesicherten Wahrheitsgehalt. Und ich hoffe, dass diese Theorien politisch wirksam werden“, sagt Lucio Baccaro im Interview mit der Kölnischen Rundschau. Mit Bernd Imgrund sprach der MPIfG-Direktor unter anderem über seine Forschung und Europapolitik.

<https://tinyurl.com/BaccaroKoelniRundschau>

Timur Ergen, Sebastian Kohl

**Falsche Bilder vom Mittelstand:
„Konzerne bieten stabile Jobs“**

Frankfurter Rundschau | 08.06.2021

Große Unternehmen sind machthungsig und arbeitnehmerfeindlich, der Mittelstand dagegen ist ein verlässlicher Jobmotor und politisch zurückhaltend. Die MPIfG-Wissenschaftler Timur Ergen und Sebastian Kohl erklären im Interview mit der Frankfurter Rundschau, warum diese weitverbreiteten Annahmen fragwürdig sind.

<https://tinyurl.com/ErgenKohlFR>

Benjamin Braun

**Die Soziale Marktwirtschaft bittet
zum Update**

Finanz und Wirtschaft | 02.06.2021

Für „Finanz und Wirtschaft“ kommentiert André Kühnlenz den Film „Germanomics“, für den zahlreiche Expertinnen und Experten, darunter MPIfG-Wissenschaftler Benjamin Braun, interviewt wurden.

<https://tinyurl.com/GermanomicsFuW>

Benjamin Braun

Germanomics

Makronom | 01.06.2021

Wo steht die Soziale Marktwirtschaft im Superwahljahr 2021 – und wie soll es mit ihr weitergehen? Um dieses Thema geht es im Film von Philipp Stachelsky und Mike Friedrich, in dem neben weiteren Expertinnen und Experten auch MPIfG-Wissenschaftler Benjamin Braun zu Wort kommt.

<https://tinyurl.com/MakronomBraun>

Colin Crouch

Postdemokratie im Realitätscheck

Deutschlandfunk | 19.04.2021

Das Buch „Postdemokratie“ von Colin Crouch, Auswärtiges Wissenschaftliches Mitglied am MPIfG, war ein Bestseller und der Begriff bald Kern aktueller Debatten zum Zustand der Demokratie. Ein Deutschlandfunk-Beitrag über Crouchs kürzlich im Suhrkamp-Verlag erschiene Buch „Postdemokratie revisited“, in dem er eine selbstkritische Bestandsaufnahme seiner Thesen vorgelegt.

<https://tinyurl.com/CrouchDLF-042021>

Martin Höpner

**Warum die Lucke-Klage gegen
den Aufbaufonds falsch ist**

Makroskop | 14.04.2021

Eine Gruppe um Bernd Lucke hat gegen das EU-Programm „Next Generation EU“ Verfassungsklage eingereicht. Damit könnte der Aufbaufonds verzögert, wenn nicht sogar gänzlich gestoppt werden. Der Klage ist kein Erfolg zu wünschen, so MPIfG-Forschungsgruppenleiter Martin Höpner im Makroskop-Beitrag.

<https://tinyurl.com/HoepnerMakroskop>

Martin Höpner

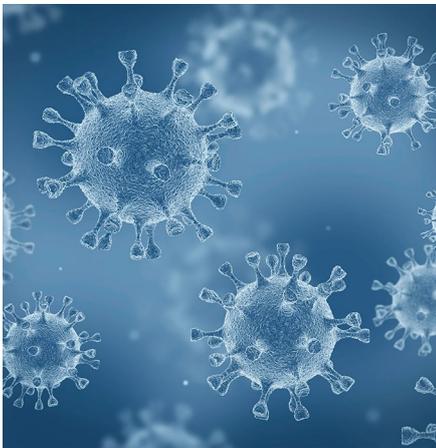
**Vorwärts zu den Sozialen Staaten
von EUropa?**

Lost in Europe Blog | 22.03.2021

Wie sozial kann die EU sein? Und wie autoritär wird die EU-Kommission? Beim Auftakt der Seminarreihe der Hans-Böckler-Stiftung über die EU-Wirtschaftspolitik diskutierte MPIfG-Forschungsgruppenleiter Martin Höpner über Wege zu einem sozialen Europa.

<https://tinyurl.com/HoepnerLostinEurope>

Corona-Krise



Jens Beckert

„Unsere Gesellschaft ist keine einheitliche Herde“

ZEIT Online | 17.04.2021

Im Interview mit Elisabeth von Thadden spricht MPIfG-Direktor Jens Beckert darüber, wie sich in der Pandemie zeigt, dass Deutschland im Gegensatz etwa zu den USA kaum gelernt hat, über soziale Unterschiede nachzudenken.

<https://tinyurl.com/BeckertZeit>

Fritz W. Scharpf

Alle Macht für Merkel

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung | 04.04.2021

In der Corona-Krise droht die Kanzlerin den Bundesländern mit mehr Zentralismus. Aber so einfach ist das nicht, zeigt Ralph Bollmann in seinem FAS-Artikel auf und bezieht sich dabei auf die Analyse des deutschen Föderalismus von Fritz W. Scharpf, Direktor emeritus am MPIfG.

<https://tinyurl.com/ScharpfFAS>

Wolfgang Streeck

Die Gesellschaft ist keine Herde

Cicero | 25.03.2021

Im Cicero-Beitrag erläutert Wolfgang Streeck, Direktor emeritus am MPIfG, seine Sicht auf die Lockdown-Strategie zur Pandemiebekämpfung und erklärt, welches Bild von der Gesellschaft ihr seines Erachtens zugrunde lag.

<https://tinyurl.com/StreeckCicero>

Leon Wansleben

Kritische Infrastruktur: Das wirtschaftliche Rückgrat unserer Gesellschaft

Deutschlandfunk Kultur | 13.04.2021

In der Pandemie hat sich die Sicht auf das, was als unentbehrlicher Bestandteil der staatlichen Daseinsvorsorge gilt, geändert. Plötzlich gehören auch Atemmasken oder Penicillin „Made in Europe“ dazu. Was muss der Staat vorhalten und was nicht? Ein Beitrag von Caspar Dohmen, unter anderem mit MPIfG-Forschungsgruppenleiter Leon Wansleben.

<https://tinyurl.com/WanslebenDLFKultur>

Wolfgang Streeck

Corona-Risiken: Alt, arm, ausländische Wurzeln

Allgemeine Zeitung Mainz | 13.03.2021

Warum die Pandemie alte Versäumnisse aufzeigt und die Corona-Risiken ungleich verteilt sind, erklärt Wolfgang Streeck, Direktor emeritus am MPIfG, im Interview.

<https://tinyurl.com/StreeckAllgemeineZeitung>

Diese und weitere aktuelle Beiträge unter

www.mpifg.de/aktuelles/mpifg_medien_de.asp

Ein gutes Leben im Klimawandel?

Was die Soziologie zur Bewältigung der Klimakrise beitragen kann

Die aktuellen Wetterextreme wie die Überflutungen in Deutschland im Juli 2021 haben schlagartig und aufs Neue klargemacht, wie vulnerabel auch ein reicher Industriestaat gegenüber den Folgen des Klimawandels ist. Der Bericht des Weltklimarats 2021 bestätigt aus naturwissenschaftlicher Perspektive, dass der Klimawandel menschengemacht ist, und weist eindrucksvoll darauf hin, dass die Menschheit nun noch eine letzte Chance hat zu steuern, in welchem der denkbaren Szenarien sie ankommen wird. Christopher Schrader fragt, welchen Beitrag Disziplinen wie die Soziologie hierzu leisten können.

Ist es eine gesellschaftliche Revolution oder einfach nur eine Frage technischer Innovation, wenn ein Industriestaat wie Deutschland die CO₂-Emissionen innerhalb von zwei Jahrzehnten drastisch reduziert? Das hätte die interessanteste Frage werden können in den Interviews der Wochenzeitung *Die Zeit* mit den sechs Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der Bundestagsparteien in der Ausgabe vom 8. Juli 2021. Alle sechs Gespräche folgten dem gleichen Grundgerüst, und darin hätte die Frage nach der gesellschaftlichen Revolution den Blick auf die vielfach ignorierten sozialen Rahmenbedingungen der Veränderungen gelenkt, die uns allen im Rahmen der Reaktion auf die Klimakrise bevorstehen.

Technik ist unverzichtbar, aber sie reicht nicht! Das wäre eine angemessene Antwort gewesen. Oder: Die Gesellschaft muss sich grundlegend ändern, will sie die Chance wahren, die Klimakrise einzudämmen – und sich selbst einigermaßen treu zu bleiben. Allein Janine Wissler von den Linken wagte es überhaupt, in diese Richtung zu argumentieren. Die grüne Kandidatin für das Kanzleramt Annalena Baerbock hingegen ließ den

Ball liegen und antwortete: „Wenn die Politik klare Rahmenbedingungen setzt, wird eine ökosoziale Marktwirtschaft klimaneutralen Wohlstand schaffen.“

Sicherlich ist die Frage nach der gesellschaftlichen Revolution nicht einfach zu beantworten. Zunächst müsste man vermutlich klären: Wer untersucht eigentlich, wie sich eine Gesellschaft im Zeichen der Klimakrise ändern kann? Ist eine gesellschaftliche Revolution überhaupt möglich – oder wenigstens eine weitgehende Transformation? Die Antworten darauf können weder die Natur- noch die Ingenieurwissenschaften geben, die bisher die meisten Aussagen zu Ursachen, Folgen und Lösungen der Klimakrise gemacht haben. Stattdessen müssen die Geistes- und Sozialwissenschaften, und womöglich vor allem die Soziologie, dringend ihren Beitrag leisten.

Technik ist unverzichtbar, aber sie reicht nicht.

Die Psychologie hat dieses Problem längst aufgenommen, und ihre Antworten erhellen, warum Menschen – oft im sozialen Zusammenhang ihrer jeweiligen Gruppen und Identitäten – Botschaften über den Klimawandel akzeptieren und in Handlungsabsichten übersetzen, oder auch nicht. Das ist im Wesentlichen der Blick auf das individuelle Verhalten. Die Politikwissenschaften wiederum betrachten Institutionen, Organisationen und andere kollektive Entscheidungsprozesse. In der Mitte aber klappt eine Lücke: Wie werden aus Individuen und Kleingruppen soziale Strukturen, die gemeinsame Praktiken entwickeln, sich zu Bewegungen zusammenfinden, ihr Verhalten voreinander rechtfertigen, als kollektive Akteure handlungsfähig werden?

Nun kann und möchte ich als Journalist (und Physiker) der Soziologie keinesfalls vorschreiben, was sie zu tun hat. Im besten Fall kann ich einige Früchte selektiver Lektüre ins Licht halten und einige Aspekte nennen, von denen sich vielleicht der eine oder andere als relevant erweist. Eine zentrale Rolle scheinen mir hier Fragen zu spielen, die die Ge-

sellschaft sich selbst nicht stellt, Annahmen, die sie nicht reflektiert, und Verhaltensweisen, die sie automatisch ablaufen lässt – die aber alle im Zeichen der Klimakrise dringend bewusst betrachtet werden müssen. Denn einerseits kann es nicht mehr einfach so weitergehen, andererseits beruhen das Verhalten, die Entscheidungen und Wünsche vieler Menschen oft auf kaum jemals auch nur bewusst ausgesprochenen oder gar hinterfragten Annahmen über das Zusammenleben und „das gute Leben“.

Die Soziologie habe sich sehr wenig mit der Frage beschäftigt, wie die Klimakrise zu bewältigen sei, sagte mir Jens Beckert bei einem Gespräch während meiner Zeit als Journalist in Residence am MPIfG im Herbst 2020. Auch Thomas Dietz, Professor für Soziologie und Umweltpolitik, und seine Co-Autoren (2020) stellen fest, dass die soziologische Theorie und Methodik noch nicht weit damit vorangekommen sind, eine detaillierte menschliche Ökologie zu entwickeln, die erfasst, wie biophysikalische Prozesse sozialen

Eine zentrale Rolle spielen Fragen, die die Gesellschaft sich selbst nicht stellt, Annahmen, die sie nicht reflektiert, und Verhaltensweisen, die sie automatisch ablaufen lässt.

Wandel beeinflussen. Gleichzeitig formuliert der Aufsatz die Überzeugung, dass der Klimawandel eine der größten transformierenden Kräfte des 21. Jahrhunderts sein und die Soziologie wichtige Beiträge zum Verständnis dieser Veränderung leisten wird. Die Wissenschaft müsse sich dabei auf konkrete Handlungen vom Kreuz auf dem Wahlzettel bis hin zum politischen Aktivismus konzen-

trieren. Was Menschen tun, hänge auch davon ab, wie sie Situationen und den sozialen Kontext interpretieren. Diese Deutungen wiederum würden von Rollen, Institutionen und sozialen Netzwerken geformt.

Anita Engels, Soziologie-Professorin an der Universität Hamburg und Herausgeberin des Jahrgangs 22 des Newsletters *economic sociology*, bezeichnet ihr Fachgebiet hier als „ungenutzte Schatzkiste“. Für sie ist die Bewältigung des Klimawandels vor allem ein politischer Kampf, und nicht die technische Anwendung neutraler Instrumente. Die Wirtschaftssoziologie sei gut ausgestattet, diese Konflikte über Klima-Zukünfte sichtbar und verstehbar zu machen.

Konflikte im Rahmen der kommenden Veränderungen erwarten auch die Soziologen Bernd Sommer und Harald Welzer (2014): Transformation sei „mittelfristig unvermeidlich“, erklären sie – die Frage sei nur: Wird sie mit Einsicht und Vernunft gestaltet oder von den Verhältnissen erzwungen? Das Einhalten ambitionierter Klimaziele durch Senken und Beenden der Emissionen werde „nicht ohne Veränderung kultureller Praktiken auskommen“. Und Andy Hoffman (2020), Professor für nachhaltiges Unternehmertum, legt im *economic-sociology*-Newsletter die Latte sehr hoch: Der nötige Umbruch werde vergleichbar mit der Aufklärung werden. Der Wandel der Lebensweise brauche Unterstützung von tieferen kulturellen Vorstellungen. Dort müsse die Veränderung passieren oder es werde nicht gelingen.

Das bedeutet auch: Wie die Philosophen der Aufklärung sollten die heutigen gesellschaftlichen Akteure sehr bewusst, klar und schnell über das nachdenken und diskutieren, was wir in einer nachhaltigen Zukunft für derart selbstverständlich halten werden, dass wir es kaum mehr erwähnen. Solche Ideen zu thematisieren erlaubt es, für eine attraktive, nachhaltige Zukunft zu werben, anstatt sich in Diskussionen über Verzicht oder die Einschränkung von Frei-



Christopher Schrader

ist Physiker und freier Wissenschaftsjournalist und schreibt für Zeitungen wie die Süddeutsche Zeitung, Magazine wie National Geographic und PM, Web-Portale wie Spektrum.de und Spiegel Online. Bei riffreporter.de verantwortet er das Projekt KlimaSocial. 2019 und 2020 war er als Journalist in Residence Gast am MPIfG, wo er nach Antworten auf die Frage suchte, wie man sozialwissenschaftliches Hintergrundwissen im Umgang mit dem Klimawandel nutzbar machen kann. Hier präsentiert er Überlegungen und Ansätze, die ihm dafür wertvoll erscheinen.

heit aufzureiben. Allerdings ist ein solcher Umschwung auch nicht einfach „zu verkaufen“. Bisher haben allenfalls kleine, oft belächelte Gruppen die Standards und Erwartungen für sich selbst radikal umdefiniert, ohne große Außenwirkung zu entfalten. Die neue und viel größere Aufgabe besteht aber nun darin, dies für große Teile der Gesellschaft anzustoßen. Oder zumindest zu klären, wie solche plötzlichen, deutlichen Veränderungen der sozialen Entwicklung möglich werden.

Dieser Gedanke ist mir in vielerlei Gestalt immer wieder begegnet, unter anderem in den Arbeiten von Jens Beckert mit dem von ihm (2018) vorgelegten Konzept der fiktiven Zukunftserwartungen als Triebfeder des Kapitalismus. Sie erlauben es Menschen zu handeln, als ob ihre Annahmen schon erfüllt seien. Diese Erwartungen müssen dafür zwar konsistent und kontingent sein, können



Aktuelle Wetterextreme wie die Überflutungen in Deutschland im Juli 2021 haben schlagartig und aufs Neue klargemacht, wie vulnerabel auch ein reicher Industriestaat gegenüber den Folgen des Klimawandels ist. Im Bild zu sehen sind Flutschäden in einer Ortschaft im Ahrtal.

der Infrastruktur. Ein Beispiel ist die Stellung des Autos im Verkehr und der Gesellschaft. Solche unreflektierten Annahmen aber können in einer Krise durchaus hinterfragt werden. Was sich dann wandelt, reicht tief in den Alltag hinein, aber auch darüber hinaus: Die Soziologinnen Elisabeth Shove und Nicola Spurling (2013) erkennen entsprechend die Aufgabe darin, sich Versionen des normalen Lebens vorzustellen und zu realisieren, die in die Vorgaben der Nachhaltigkeit passen. In diesem Rahmen müsse man radikal umdefinieren, was als normale soziale Praxis gilt und wie die Institutionen und Infrastrukturen funktionieren, auf denen sie beruht. Auch Sighard Neckel (2021), Professor für Gesellschaftsanalyse und sozialen Wandel, sieht diese beiden Ebenen: „Jeder Systemwechsel, auch ein ökologischer, bedarf zu seiner Realisierung der Verankerung in den Alltagswelten der Menschen.“ Doch es gehe dabei nicht nur um „Routinen und Gewohnheiten auf der Subjektseite“. Ver-

änderungen dort müssten sich auch mit „Standards, Konventionen, Möglichkeiten und Infrastrukturen auf der Seite von Märkten, Institutionen und Funktionssystemen verschränken“.

Dies sind nur kurze Ausschnitte der vielfältigen Ansätze, mit denen Soziologinnen und Soziologen die Klimakrise thematisieren. Sie sollen zeigen, dass ihre Wissenschaft wertvolle Impulse für die Bewerkstelligung gesellschaftlicher Transformation angesichts der Klimakrise geben kann – eine Transformation, die längst begonnen hat, aber in verträgliche und friedliche Bahnen gelenkt werden muss. Die dringend gesuchten Wege, um die unvermeidbaren Veränderungen anzustoßen und umzusetzen, lassen sich nur finden, wenn die Menschen dieses Landes gemeinsam den gesellschaftlichen Wandel angehen. Nur so gelingt vielleicht am Ende eine gesellschaftliche Revolution im besten Sinne, auf der Basis eines neuen Konsenses über das „gute Leben“.

Zum Weiterlesen

Beckert, J.: **Imaginierte Zukunft**. Suhrkamp, Berlin 2018.

Dietz, T., et al.: **Climate Change and Society**. Annual Review of Sociology 46, 135–58 (2020). <https://tinyurl.com/Dietz-etal20>

economic sociology – the european electronic newsletter, Ausgaben 22.1 (November 2020), 22.2 (März 2021) und 22.3 (Juli 2021). Beiträge von Anita Engels, Timur Ergen und Lisa Suckert, Andy Hoffman
<https://tinyurl.com/econsoc-22-1>
<https://tinyurl.com/econsoc-22-2>
<https://tinyurl.com/econsoc-22-3>

Koller, A.: **Doxa (doxa)**. In: Bourdieu-Handbuch. G. Fröhlich und B. Rehbein (Hg.). J. B. Metzler, Stuttgart 2014. <https://tinyurl.com/Koller-Doxa>

Meadows, D.: **Leverage Points: Places to Intervene in a System**. The Sustainability Institute, Hartland, VT, 1999. <https://tinyurl.com/MeadowsLPs1999>

Neckel, S.: **Die Klimakrise und das Individuum: Über selbstinduziertes Scheitern und die Aufgaben der Politik**. In: Soziopolis, 17.6.2021. <https://tinyurl.com/NeckelJuni21>

Shove, E., und N. Spurling (Hg.): **Sustainable Practices: Social Theory and Climate Change**. Routledge, New York 2013.

Sommer, B., und H. Welzer: **Ökologie: Klimawandel, Knappheiten und Transformationen im Anthropozän**. In: Handbuch der Soziologie. J. Lamla et al. (Hg.). UVK, Konstanz 2014, 419–32.

Schwerpunkt Öffentliche Finanzen als soziales Gewebe von Verpflichtungen und Ansprüchen

Ideen für eine neue Fiskalsoziologie

Die öffentlichen Finanzen sind das wichtigste Wahlkampfthema in Deutschland im Jahr 2021. Mit Corona ist auch die günstige Finanzlage der 2010er-Jahre Geschichte. Entsprechend positionieren sich die Parteien mit unterschiedlichen steuerpolitischen Vorschlägen, Ausgabenprioritäten und Haltungen zur „schwarzen Null“. Doch nicht nur der politische Wettbewerb deutet darauf hin, dass mit und über öffentliche Finanzen wichtige Gegenwartsfragen ausgehandelt werden.

Mindestens vier Schlüsselthemen unserer Zeit hängen direkt mit Staatsfinanzen zusammen. Erstens provozieren die wachsenden Ungleichheiten, Steuer- und Ausgabenpolitiken zugunsten Wohlhabender und die anhaltende Armut in immer größeren Bevölkerungsschichten neue Auseinandersetzungen mit den Themen der Steuergerechtigkeit, Umverteilung und sozialen Sicherung. Zweitens zeigt die Pandemie, dass die hoch entwickelten Industriestaaten zwar erheblich größere Schuldenberge anhäufen können als in der Vergangenheit unterstellt, doch diese Verschuldungsprozesse haben auch problematische Folgen. Die Anleihenflut und die großen Ankaufprogramme der Zentralbanken sind zu einem wesentlichen Treiber der Expansion von Finanzmärkten geworden. Zudem befinden sich Länder mit schwächeren Wachstumsra-

ten in der latenten Gefahr, in eine Schuldenkrise zu geraten. Drittens stehen die verbindlich eingegangenen Ziele zur Begrenzung der Erderwärmung in Konflikt mit vorherrschenden Steuer-, Subventions- und Sozialstaatsmodellen, die nach wie vor an klimaschädliches Wachstum gekoppelt bleiben. Und zuletzt stellt sich mit dem Klimawandel, den sichtbaren Folgen von Sparpolitik und der Beherrschung kritischer Infrastrukturen durch große Technologiekonzerne die Frage, welche Güter und Infrastrukturen im 21. Jahrhundert privatwirtschaftlich und welche durch die öffentliche Hand bereitgestellt werden sollten.

Keine dieser Fragen lässt sich leicht beantworten. Lösungen können nur über die Aushandlung von Interessenkonflikten gefunden werden und in manchen

Viele Schlüsselthemen unserer Zeit hängen direkt mit Staatsfinanzen zusammen.

Fällen sind zwischenstaatliche Koordinationsprobleme zu bewältigen. Auf unterschiedlichsten Ebenen sind Problemlösungskompetenzen und -ressourcen gefragt, die oftmals überhaupt erst entwickelt werden müssen. Ferner lehrt die Geschichte, dass sich neue Lösungen für Probleme der Staatsfinanzierung, Umverteilung und Sozialpolitik nur dann dauerhaft durchsetzen können, wenn sie mit Sozialstrukturen, vorherrschenden Gerechtigkeitsvorstellungen,

Solidaritätskonzepten und staatlichen Selbstverständnissen in Beziehung stehen. Deshalb bedarf es neben technischer Expertise zu Fiskalfragen auch sozialwissenschaftlicher Grundlagenforschung, die das Phänomen der öffentlichen Finanzen aus unterschiedlichen Perspektiven und mit Bezug auf seine politischen, ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Dimensionen analysiert.

Von der Finanzsoziologie zur Soziologie fiskalischer Relationen

Bereits in den 1910er-Jahren legten der Soziologe Rudolf Goldscheid und der Ökonom Joseph Schumpeter die Grundlagen für eine „Finanzsoziologie“. Anknüpfend an Ideen der Historischen Schule der Nationalökonomie schlugen die beiden Wissenschaftler vor, die Entstehungszusammenhänge von Steuersystemen und ihre gesellschaftlichen Folgen zu analysieren. Dabei lebten Goldscheid und Schumpeter selbst in einer Phase historischen Wandels. Mit dem Ersten Weltkrieg waren die Ausgabenlasten der beteiligten Staaten explodiert. Gleichzeitig hatten die Kriegserfahrung und die Entstehung einer großen Klasse von Veteranen die politischen Verhältnisse verschoben. Forderungen nach mehr Demokratie und Wohlfahrtsstaat

Leider verlor die Disziplin der Soziologie mit diesen historischen Entwicklungen weitgehend ihr Interesse an Fiskalordnungen und öffentlichen Finanzen. Stattdessen erklärten sich die Wirtschafts- und Politikwissenschaften für zuständig. Nur in der amerikanischen Soziologie wurden die Ideen von Schumpeter und Goldscheid weiterentwickelt und erlangten mit den neoliberalen Steuersenkungen seit Ronald Reagan wieder neue Relevanz. Seit den 2000er-Jahren hat sich dort eine produktive Strömung der *New Fiscal Sociology* etabliert, die die historischen Pfadabhängigkeiten und politischen Dynamiken von Steuersenkungsprogrammen („tax cut movements“) systematisch untersucht. In Deutschland und anderen europäischen Ländern ist seit Längerem ebenfalls ein Rückgang fiskalischer Umverteilungsbestrebungen zu beobachten. Doch nur in wenigen Forschungsarbeiten (etwa von Wolfgang Streeck) werden diese Entwicklungen auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen bezogen.

Kann die Soziologie wieder eine relevante Stimme in der Diskussion um die Problemstellungen und Transformationsherausforderungen rund um öffentliche Finanzen werden? Worin das Potenzial



Leon Wansleben

ist Soziologe und seit 2019 Forschungsgruppenleiter am MPIfG. In seinen Forschungsarbeiten beschäftigt er sich mit der Rolle von Experten in Finanzmärkten und der wachsenden Steuerungsmacht von Zentralbanken seit den 1970er-Jahren. Schwerpunkte seiner Arbeit am MPIfG sind die Veränderung der Haushaltspolitik in verschiedenen Staaten und die Ursachen der Schwäche öffentlicher Investitionen in Deutschland.

Die neue Fiskalsoziologie untersucht soziale Verpflichtungs- und Anspruchsbeziehungen und deren Einfluss auf andere Aspekte sozialer Ordnung.

wurden lauter. Die Weltwirtschaftskrise in den 1930er-Jahren und der Zweite Weltkrieg gaben weitere Anstöße zur Gründung moderner Steuer- und Sozialstaaten. Goldscheid hatte pessimistisch auf die Vereinbarkeit von privatem Kapitalbesitz mit einem steuerfinanzierten Staatswesen geschaut. Doch genau diese Kombination erwies sich als Erfolgsmodell während der Trente Glorieuses, der wirtschaftlichen Aufschwungphase nach dem Zweiten Weltkrieg.

dieser Disziplin liegt, verdeutlicht ein Konzept öffentlicher Finanzen, das der Soziologe Isaac Martin vorgeschlagen hat. Martin schreibt in einem kürzlich veröffentlichten Aufsatz, dass die Grundannahme der Fiskalsoziologie darin besteht, dass öffentliche Finanzen Verpflichtungs- und Anspruchsbeziehungen in der Gesellschaft stiften. Demnach kommt der Fiskalsoziologie die Aufgabe zu, diese Beziehungen zu untersuchen und die Frage zu beantworten, wie

sie andere Aspekte sozialer Ordnung beeinflussen. Verpflichtungen und Ansprüche sind zunächst nichtreziproke Geldtransfers, Abgaben etc., die in Gesetzen festgeschrieben sind. Doch Martin sieht in ihnen auch *soziale* Beziehungen, weil diese Verpflichtungen und Ansprüche auch immer über die formalen Gesetze hinausgehende Dimensionen umfassen. Sie schließen sozialstrukturelle, politische, wirtschaftliche und normative Aspekte mit ein.

Für Martin besteht ein „starkes Programm“ der Fiskalsoziologie darin, die kausale Erklärungskraft solcher Fiskalbeziehungen auszutesten. Wie lässt sich erklären, dass Demokratisierungsschübe und -bewegungen aus Konflikten um Steuern hervorgehen? Man denke an historisch prominente Fälle wie die Steuerproteste der amerikanischen Siedler gegenüber England als Kolonialmacht oder das Aufbegehren des Dritten Standes in der Zeit vor der Französischen Revolution. Eine andere empirische Fragestellung ist, wie die Beziehung von Sozi-



US-Präsident Joe Biden spricht bei einem virtuellen Treffen im August 2021 über den „Infrastructure Investment and Jobs Act“, das geplante Infrastrukturgpaket, das hohe Investitionen in Verkehrswege, Internet und Klimaschutz vorsieht. Welche Güter und Infrastrukturen im 21. Jahrhundert privatwirtschaftlich und welche durch die öffentliche Hand bereitgestellt werden sollten, ist ein Schlüsselthema unserer Zeit.

alleistungen zu Anspruchsgruppen werden, die dann die Sozialpolitik maßgeblich beeinflussen. Um zu verdeutlichen, was soziologisch an diesen Fragestellungen ist, sollen hier drei Aspekte des Konzepts fiskalischer Beziehungen ausgeführt werden.

Erstens sind fiskalische Relationen bedeutungsoffen: Wo wir in der Gesellschaft Verteilungsfragen über Verpflichtungs- und Anspruchsbeziehungen verhandeln und wo Marktprozesse institutionalisiert werden, ist nicht durch unverrückbare Grenzen zwischen der politischen und ökonomischen Sphäre festgelegt. Aber auch, was fiskalische Beziehungen für Steuerzahlerinnen, Leistungsbezieher, politische Eliten und Beobachter bedeuten, ist niemals ahistorisch oder kontextunabhängig erklärbar. Bedeutet Steuern zahlen, dass wir Ansprüche auf staatliche Leistungen erwerben? Oder bestätigen Steuerpflichten unsere Mitgliedschaft in einer nationalen Solidargemeinschaft? Als Disziplin, die eigene Methoden und

Theorien zur Untersuchung von Sinnstiftungen und -zuschreibungen entwickelt hat, kann die Soziologie einen eigenen Beitrag zur Untersuchung dieser Bedeutungsaspekte von fiskalischen Beziehungen leisten.

Zweitens verbinden Steuern und andere fiskalische Relationen politische Entscheidungen mit ökonomischen Praktiken (auf die beispielsweise Steuern erhoben werden) und weiteren gesellschaftlichen Kontexten. Solche Relationen sind systemübergreifende Phänomene, die sich folglich auch nicht mithilfe der Referenz auf ein Funktionssystem (etwa auf das politische System) erfassen lassen. Ebenso werden fiskalische Beziehungen auf der Ebene der Gesellschaft, in Organisationen und sogar in spezifischen Interaktionen verhandelt. Auch hier ist es eine Stärke der Soziologie, vielfältige Systemlogiken und unterschiedliche Ebenen sozialer Wirklichkeit erforschen und zueinander in Beziehungen setzen zu können.

Drittens verändern sich Fiskalrelationen entlang relativ eigenlogischer Pfade. Beispielhafte Analysen solcher Pfade sind vor allem aus der historischen Makrosoziologie bekannt. So analysiert die Soziologin Monica Prasad die Schwäche des amerikanischen Sozial- und Fiskalstaates als Folge eines auf progressiver Besteuerung basierenden Systems, das seine eigenen Feinde, die wirtschaftlichen Eliten, geschaffen hat. Für Deutschland zeigt der Politikwissenschaftler Philip Manow eindrucksvoll, wie eng das Modell des korporatistischen Kapitalismus mit dem Bismarck'schen Wohlfahrtsstaat verzahnt ist – im Guten (zu Zeiten wechselseitiger Stabilisierung) wie im Schlechten (in Zeiten wechselseitiger Unterhöhnung). Aufbauend auf diesen Forschungen untersucht die Soziologie fiskalischer Beziehungen, wie sich Veränderungen in Steuer- und Abgabensystemen aus komplexen temporalen Dynamiken ergeben – etwa positive Rückkopplungen, bei denen bestimmte Steuersysteme auf das Verhalten von Bevölkerungsgruppen Einfluss nehmen, die wiederum die Entwicklung von fiskalischen Ordnungen beeinflussen.

Forschungsprojekte am MPIfG

Nach meiner Ansicht bietet das Konzept der fiskalischen Relationen einen zugleich fokussierenden und flexiblen Rahmen, in dem öffentliche Finanzen als genuin soziologische Phänomene verstanden werden können. Im Ensemble der anderen Disziplinen kann die Soziologie so einen eigenen Beitrag zur Erforschung von Veränderungsprozessen unter den Vorzeichen gegenwärtiger Strukturkrisen und Transformationsherausforderungen leisten.

Der Begriff der fiskalischen Relationen ist aber auch nicht mehr als das: eine sozialtheoretische Heuristik, die auf sehr unterschiedliche konkrete Fragestellungen angewendet wird. In der Forschungsgruppe „Soziologie öffentlicher Finanzen und Schulden“ am MPIfG haben wir bislang vor allem Projekte verfolgt, die sich auf eine spezifische Entwicklungstendenz unter westlichen Industriestaaten

ten beziehen: Staaten redefinieren ihre eigenen Aufgaben, Praktiken und Legitimationsquellen im Angesicht von Finanzialisierung, also der Expansion von Finanzmärkten und der Ausbreitung finanzieller Logiken. Mit diesem Wandel

hen sind. Primary Dealers gehen explizite Verpflichtungen zur Abnahme von Titeln und ihrer Vermarktung ein, werden dann aber im Gegenzug durch die staatlichen Schuldenmanagement-Agenturen mit profitablen Geschäftsgelegen-

Verteilungsfragen, der Bedarf an öffentlichen Gütern und die Entwicklung von neuen sozial- und klimapolitischen Lösungen nicht (re-)politisiert werden können. Das politische System kann von der Möglichkeit Gebrauch machen, sich zum zuständigen Ort für die Aushandlung von Ansprüchen und Verpflichtungen zu erklären. Ob und wie dies im Angesicht der großen Gegenwartsfragen passiert, ist eine der spannendsten Fragen der kommenden Zeit.

Verpflichtungs- und Anspruchsbeziehungen werden jenseits der Konflikte und Verfahren offizieller Haushaltspolitik erzeugt und verhandelt.

verschieben sich auch die Anspruchs- und Verpflichtungsbeziehungen zwischen Staaten und verschiedenen Gruppen, die unsere Gesellschaftsordnungen charakterisieren.

So zeigen die Arbeiten von *Edin Ibrocovic* und mir, dass Finanzialisierung mit einem Bedeutungsgewinn von Zentralbanken als wirtschafts- und finanzpolitische Behörden einhergeht. Diese Organisationen rücken ins Zentrum, weil sie Märkte stabilisieren, Finanzwerte absichern und den Kreditfluss gewährleisten. Dadurch werden die engen Beziehungen zwischen Zentralbanken und Finanzmärkten zu strategischen Orten, an denen Grenzen und Möglichkeiten staatlichen Handelns sowie Ansprüche und Verpflichtungen gegenüber Staaten ausgehandelt werden. Diese Aushandlungen stiften quasifiskalische Beziehungen, die sich deutlich vom Modell eines demokratischen Vertrags zwischen Regierung und Bürgern abheben.

Arjen van der Heide untersucht in seiner Arbeit einen anderen Aspekt derselben Problemstellung. Er erforscht Aushandlungsprozesse zwischen Staaten und Banken als den Erstkäufern („primary dealers“) von neu ausgegebenen öffentlichen Anleihen. Seine Forschung zeigt, dass die Märkte, die aus diesen Beziehungen hervorgehen („primary markets“), besser in Begriffen von Anspruchs- und Verpflichtungsrelationen denn als Institutionen der Privatwirtschaft zu verste-

heiten versorgt. Diese Aushandlungen finden weitestgehend jenseits der Arenen demokratischer Repräsentation statt.

Schließlich untersucht *Vanessa Endrejat*, wie Staaten in der Eurozone ihre Ausgabenprogramme mit Unterstützung europäischer Behörden bewusst so ausgestalten, dass die daraus erwachsenen Verpflichtungen in den öffentlichen Statistiken unsichtbar bleiben. Die Maastricht-Regeln der Europäischen Union und die während der Schuldenkrise sichtbar gewordenen Verschuldungsprobleme machen solche Umgehungsstrategien notwendig. Deshalb gehen die Mitgliedsstaaten der EU dazu über, ihre Ausgaben mittels öffentlich-privater Partnerschaften, durch Kreditprogramme eigenständiger Entwicklungsbanken und weitere Finanzinstrumente zu tätigen. Die Hauptfunktion dieser „off-balance sheet vehicles“ ist es, dass sie nicht als fiskalische Verpflichtungen sichtbar werden. So können die Mitgliedsstaaten zumindest zeitweise den verteilungspolitischen Konflikten aus dem Weg gehen, die mit Defiziten und Schulden einhergehen.

Finanzialisierung hat also oftmals wenig mit freien Märkten und Deregulierung zu tun, sondern etabliert neue quasifiskalische Verpflichtungs- und Anspruchsbeziehungen. Diese werden jenseits der Konflikte und Verfahren offizieller Haushaltspolitik erzeugt und verhandelt. Wie der deutsche Wahlkampf im Jahr 2021 zeigt, heißt dies allerdings nicht, dass

Zum Weiterlesen

Bremer, B., Di Carlo, D., and Wansleben, L.:

The Constrained Politics of Local Public Investments under Cooperative Federalism. MPIfG Discussion Paper 21/4. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln 2021.

Manow, P.:

Social Protection, Capitalist Production: The Bismarckian Welfare State in the German Political Economy, 1880–2015. Oxford University Press, Oxford 2020.

Martin, I. W.:

The Political Sociology of Public Finance and the Fiscal Sociology of Politics. In: *The New Handbook of Political Sociology.* C. de Leon, I. W. Martin, J. Misra, and T. Janoski (Eds.). Cambridge University Press, Cambridge 2020, 484–512.

Prasad, M.:

The Land of Too Much: American Abundance and the Paradox of Poverty. Harvard University Press, Cambridge, MA, 2012.

Streck, W., und D. Mertens:

Politik im Defizit: Austerität als fiskalpolitisches Regime. MPIfG Discussion Paper 10/5. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln 2010.

„Die Familie ist kein vormodernes Relikt“

Start der Forschungsgruppe Vermögen und soziale Ungleichheit

Vermögen ist nicht gleich verteilt in der Gesellschaft und diese Ungleichverteilung ist in den letzten Jahrzehnten größer geworden. Mit einem neuen Forschungsteam will MPIfG-Direktor Jens Beckert die Hintergründe dieser Entwicklung untersuchen. Im Interview erklärt er, warum der Fokus dabei auf den Wohlhabendsten in der Gesellschaft und deren Familien liegt.

Das Interview führten Gudrun Löhner und Anna Röttger.

Gudrun Löhner: Herr Beckert, Sie haben schon früher zum Thema Erbschaften und Vermögen geforscht. Nun haben Sie das Thema wieder aufgenommen und bauen einen eigenen Forschungsbereich dazu auf: Was gab den Anstoß hierzu?

Jens Beckert: Auch nach meiner Habilitationsschrift zur Vermögensvererbung war für mich die Untersuchung der langfristigen Kontinuität von Vermögen weiterhin ein faszinierendes Thema. Natürlich hat das Thema nach der Finanzkrise 2008 und insbesondere auch nach der Veröffentlichung des Buchs von Thomas Piketty „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ 2014 enorm an Aufmerksamkeit gewonnen. Es ist viel stärker in die Öffentlichkeit gedrungen, wie ungleich Vermögen in der Gesellschaft verteilt ist und dass diese Ungleichverteilung in den letzten vierzig Jahren noch größer geworden ist. Hieraus ergeben sich interessante wissenschaftliche Fragestellungen, denen ich gerne mit einer neuen Forschungsgruppe nachgehen möchte.

Löhner: Welche übergeordnete Fragestellung wird der Forschungsbereich haben?

Ich möchte das Verhältnis von großen Vermögen und Familie in den Vordergrund stellen. Das heißt, es geht um eine Betrachtung von sehr wohlhabenden Familien und die Frage, ob und wie es diesen Familien gelingt, ihr Vermögen zu erhalten und zu mehren. Das soll unter anderem in historischer Perspektive geschehen, etwa in einem Forschungsprojekt, das sich mit der Frage der Kontinuität von Familienvermögen im 20. Jahrhundert in Deutschland beschäftigt. Der Fokus liegt auf den vermögensreichsten Familien vom Anfang des 20. Jahrhunderts mit den Eckdaten Inflation 1923, Weltwirtschaftskrise 1929, Enteignungen des jüdischen Vermögens und dem Zweiten Weltkrieg. Die Fragestellung ist hier, inwieweit diese Familien ihre sozialen Positionen durch die politischen Turbulenzen hindurch halten können. Wir vermuten, dass die Krisen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu Vermö-

gensverlusten für viele Familien geführt haben. Nach 1945 hatten wir bis heute eine sehr stabile Phase. Wir vermuten daher auch eine viel größere Stabilität der Vermögen. Das Projekt wird den Fokus auf Deutschland legen, da die Vermögensforschung hier bisher ein eher randständiges Dasein fristet.

Löhner: Wie sorgen Familien für die Kontinuität von Vermögen?

Die Familien müssen zunächst einmal wirtschaftlich erfolgreich bleiben. Die großen Vermögen in Deutschland sind in der Regel mit Unternehmenseigentum verbunden, oft führen die Eigentümerinnen und Eigentümer auch die operativen Geschäfte. Den Familien muss es gelingen, ihre Unternehmen auf der Erfolgspur zu halten. Ganz wichtig sind auch die familiären Herausforderungen, die sich gerade in der Erbproblematik widerspiegeln. Vermögen können an intrafamiliären Konflikten wie Erbteilungsfragen, aber auch Scheidungen scheitern. Kinder nehmen unter Umständen die ih-

nen zgedachten Rollen nicht an. Die Familien versuchen dies durch sehr bewusste Lenkung des Sozialisationsprozesses zu verhindern, etwa durch die Auswahl von Schulen und dem sozialen Umfeld der Kinder. Hierzu werden wir ein Postdoc-Projekt haben.

Es gibt aber auch eine politische Dimension: Die Chancen für die Verteidigung von Vermögenspositionen hängen ganz entscheidend an den rechtlichen Rahmenbedingungen. Vermögende Familien müssen aktiv darauf einwirken, dass Rahmenbedingungen existieren, die dem Vermögenserhalt zuträglich sind. Man denke nur an die Erbschaftssteuer oder an Kapitalertragssteuern. Uns interessieren die Mechanismen, durch die hier Einfluss ausgeübt wird. Nicht zuletzt bedarf die bestehende Vermögensungleichheit und die Privilegierung einiger weniger Familien der gesellschaftlichen Legitimierung. Vermögende Familien müs-

sen dafür sorgen, dass die Gesellschaft sie in ihrer Rolle akzeptiert. Das geschieht beispielsweise durch gemeinnütziges Engagement – etwa durch Spenden, Kunststiftungen – und auch durch Einflussnahme auf die öffentliche Meinung.

Indem wir die Familie in den Vordergrund stellen, rücken wir von einer dominanten Tradition in der Gesellschaftstheorie seit den 1950er-Jahren ab. Diese geht davon aus, dass die Bedeutung der Familie schwindet, dass sie ein vormoderne Relikt ist. Nicht Familien, sondern das Management der Unternehmen sitzt demnach an den Steuerhebeln. Ich möchte hingegen zeigen, welche zentrale Rolle Familie als Einheit selbst in hochmodernen Gesellschaften spielt – am Beispiel von Familien, die ganz oben in der Vermögenshierarchie stehen.

Löhner: Ein interessanter neuer Ansatz. Mit welchen Methoden werden Sie ihn

verfolgen? Bislang sind die Forschungsprojekte eher quantitativ angelegt ...

Wir arbeiten sowohl quantitativ als auch qualitativ, wobei sich die Methoden aus den jeweiligen Forschungsfragen ergeben. Die Projekte von Daria Tisch und Lukas Arndt sind klar quantitativ orientiert. Andere Projekte, etwa die von Isabell Stamm und Franziska Wiest, werden qualitativ angelegt sein, sodass man in dieser Forschungsgruppe eine gute Mischung an Methoden finden wird.

Löhner: Wo sehen Sie die Schnittstellen zu anderen Forschungsbereichen des Instituts?

Es gibt eine Reihe von Schnittstellen, etwa zu unseren Untersuchungen über die Entwicklung von Finanzmärkten. Ein wichtiges Schnittstellenprojekt ist die Arbeit von Benjamin Braun, der sich mit Asset-Manager-Firmen beschäftigt und die These vertritt, dass Kapital heute kein

Forschungsgruppe „Vermögen und soziale Ungleichheit“

Aktuelle Projekte

Reichtum in Deutschland: Strukturen, Kontinuitäten und Brüche

Jens Beckert und Daria Tisch

Die Verbindung von Kapital und Macht: Die Rolle der Superreichen in einer transnationalen kapitalistischen Klasse und ihre Lobby

H. Lukas R. Arndt

Die Politische Ökonomie des Asset-Manager-Kapitalismus

Benjamin Braun



Die Gruppe befasst sich mit der Entwicklung der Vermögensverteilung, mit dem Einfluss großer Vermögen auf Politik und Gesellschaft, mit der Rolle von Stiftungen, mit Prozessen der Vermögensvererbung, mit den Mechanismen des Vermögenserhalts (und der Vermögenszerstörung) sowie mit den Erwartungen und Einstellungen vermögender Individuen. Eine zentrale Bedeutung spielt dabei die Erforschung der Rolle der Familie sowohl bei der Reproduktion von großen Vermögen als auch für das Verständnis der Entwicklung heutiger kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen. Die Forschungsgruppe befindet sich im Aufbau und wird finanziert aus Mitteln des Gottfried Wilhelm Leibniz-Preises, der Jens Beckert (im Bild) 2018 für seine Arbeiten im Schnittfeld von Soziologie und Wirtschaftswissenschaften verliehen wurde.

knappes Gut mehr ist, sondern im Überfluss vorhanden ist. Und zwar weit überwiegend in den Händen der Hochvermögenden, die wir untersuchen. Kapitalüberfluss heißt auch, dass die Aufgabe des Finanzsystems nicht mehr vornehmlich darin besteht, Kapital an Firmen zu verleihen, sondern sich darum zu kümmern, das Vermögen von Einlegern zu schützen und zu mehren. Die Verteidigung von Vermögen bedarf hoher Renditen und die Finanzintermediäre sind dazu da, diese zu realisieren und damit die Kontinuität von Vermögen zu ermöglichen.

Es gibt auch interessante Verbindungen zu unseren Forschungen zur Rolle imaginierter Zukünfte. Für Vermögende spielen Zukunftsvorstellungen eine enorm wichtige Rolle, etwa bei der Nachfolgeplanung. Die Unternehmen sind teilweise schon seit drei, vier oder fünf Generationen in Familieneigentum und die Frage der Fortsetzung einer solchen Familientradition prägt gegenwärtige Entscheidungen. Dabei geht es natürlich auch um die Kontrolle der Zukunft, was sich leicht an den teils sehr aufwendigen Rechtskonstruktionen für den Übergang an die nächste Generation erkennen lässt. Auch zu den von Lucio Baccaro untersuchten Wachstumsmodellen gibt es eine Verbindung. Denn diese Modelle werden von jeweils dominanten ökonomischen Interessen gestützt, zu denen auch die hochvermögenden Unternehmenseigentümer gehören, die bestimmte Rahmenbedingungen für ihren wirtschaftlichen Erfolg brauchen.

Löhner: In den USA gibt es bereits umfangreiche Forschung zum Einfluss von Vermögenden auf die Politik. Ihr zentrales Forschungsinteresse ist Deutschland. Wird es eine internationale vergleichende Komponente in der Forschungsgruppe geben?

Auch wenn der Schwerpunkt auf Deutschland liegen wird, spielt die vergleichende Perspektive eine wichtige Rolle. Häufig ist es nur möglich, die Spezifik eines Phänomens zu verstehen, wenn man es mit anderen Kontexten

vergleicht. Um das zu verdeutlichen: Die Ungleichheit der Vermögensverteilung ist in Deutschland fast so hoch wie in den USA. Gleichzeitig wird diese Problematik in beiden Ländern sehr unterschiedlich wahrgenommen. In den USA ist die Vermögenskonzentration zu einer Frage mit sehr hohem Konfliktpotenzial geworden, das zeigt sich auch im Zusammenhang mit der Corona-Krise. Warum aber führt eine vergleichbare Situation der Vermögensungleichheit in Deutschland zu einem völlig anderen öffentlichen Diskurs? Zum Beispiel weil sich Milliardäre in den USA aufgrund der Wahlgesetze mittels Millionenspenden oder selbst finanzierter eigener Kandidaturen Mandate und politischen Einfluss quasi kaufen können. Das demokratische Prinzip von einer Stimme für jede Bürgerin und jeden Bürger wird hier ad absurdum geführt. In den USA ist die Vermögensdiskussion außerdem mit der Frage des Rassismus verknüpft. Auch heute noch verfügen Schwarze im Durchschnitt nur über einen Bruchteil des Vermögens von weißen Amerikanern. Reichtum wird zudem sehr demonstrativ nach außen gezeigt. Der reichste Amerikaner fliegt mit globaler Medienaufmerksamkeit ins All, während die Beschäftigten seines Unternehmens inakzeptable Arbeitsbedingungen aushalten müssen. Hier lassen sich sehr deutliche Unterschiede zu Deutschland erkennen. Vergleichende Forschung ist also hier unbedingt angebracht.

Anna Röttger: Da stellt sich die Frage, wie Wissenschaft zukünftig zur Verringerung von sozialer Ungerechtigkeit und besseren Lösungen für die Verteilung von Wohlstand beitragen kann. Die Pandemie hat aufgezeigt, dass Wissenschaft einen Einfluss auf politische Entscheidungen haben kann. Welches Ziel verfolgen Sie unter dieser Prämisse für Ihre Forschungsgruppe?

Ich teile diese Prämisse nicht; es geht mir nicht darum, zu einer Reduzierung der Vermögensungleichheit beizutragen. Vielmehr möchte ich soziale Phänomene verstehen: Wie kommt es zur Ungleichverteilung von Vermögen? Mithilfe wel-

cher Mechanismen gelingt es, Vermögen langfristig abzusichern? Welche sozialen Konflikte entstehen aus Vermögensungleichheit? Was passiert mit einer Gesellschaft, in der es zunehmende soziale Schließung gibt? Beobachten wir eine Rückkehr zu Feudalstrukturen oder entsteht da etwas ganz Neues? Das sind einige der Fragen, die mich interessieren. Normative Fragen möchte ich davon abtrennen. Allerdings bin ich mit Max Weber der Ansicht, dass die Soziologie Fragen von allgemeiner Kulturbedeutung behandeln soll. Die Vermögensverteilung gehört zweifellos dazu.

Röttger: Wie stehen Sie denn zu der beobachteten sozialen Ungleichheit?

In den Sozialwissenschaften herrscht zumeist die implizite Annahme vor, soziale Ungleichheit sei prinzipiell etwas Schlechtes. In dieser Pauschalität stimmt das aber nicht. Soziale Ungleichheit ist auch eine Voraussetzung zum Aufbau komplexer Gesellschaftsstrukturen. Es muss also sehr präzise benannt werden, welche Formen sozialer Ungleichheit normativ problematisch sind. Soziale Schließung, die sozialen Aufstieg verhindert, weil diejenigen, die oben stehen, immer die besseren Karten haben, um sich auch in der nächsten Generation durchzusetzen, gehört dazu. Chancengerechtigkeit ist ein normatives Prinzip demokratischer und pluraler Gesellschaften. Die Beeinflussung politischer Willensbildung qua private Vermögen ist problematisch, weil sie demokratische Prinzipien verletzt.

Röttger: Inwieweit kann es überhaupt Minima und Maxima geben, die als Maßstab sozialer und ökonomischer Ungleichheit akzeptabel und moralisch vertretbar sind, und wie möchten Sie sich diesen in Ihrem Projekt annähern?

Denken Sie etwa an die Gerechtigkeits-theorien von John Rawls oder Amartya Sen. Die politische Philosophie stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen soziale Ungleichheit eine Verletzung von Gerechtigkeitsprinzipien darstellt. Mich interessieren diese Fragen aus der politischen Philosophie sehr und sie werden



Gemälde der deutschen Industriellenfamilie Krupp von Bohlen und Halbach in der Villa Hügel, Essen, 1931. Selbst in hochmodernen Gesellschaften spielt Familie als Einheit eine zentrale Rolle. Die neue Forschungsgruppe untersucht das Verhältnis von großen Vermögen und Familie und wie es gelingt, ein Familienvermögen zu erhalten und zu mehren.

sicherlich in die Forschungsgruppe eingehen. Schon deshalb, weil sie eine Orientierung für neue Forschungsfragen geben können.

Normative Fragen sind aber auch im Sinne einer empirischen Ethik interessant: Wie denken die Menschen eigentlich selbst über Fragen von Gerechtigkeit? Finden Menschen es gerecht, dass große Vermögen vererbt werden können – und das im Wesentlichen steuerfrei? Finden Menschen es gerecht, dass Kinder qua Geburt in privilegierte Positionen gelangen? Man kann normative Fragen also auch empirisch wenden. Die Ergebnisse solcher Befragungen können durchaus überraschend sein. Auch hierfür ist wieder der Ländervergleich interessant, weil in verschiedenen Gesellschaften jeweils andere Dinge als ungerecht wahrgenommen werden.

Röttger: Eine letzte Frage, Herr Beckert. Da ich mich selbst noch im Studium befinde, habe ich bei Ihrem Projekt natürlich direkt an den Einfluss von Vermögen auf Bildungs- und spätere

Karrierperspektiven in der akademischen Welt gedacht. Kinder aus Arbeiterfamilien sind statistisch gesehen beim Erwerb eines Studienabschlusses immer noch benachteiligt und die aktuelle Bewegung #ichbinHanna weist zudem auf die prekären Umstände für viele junge Forschende in akademischen Institutionen hin. Wie bewerten Sie diese Probleme als Leiter eines Forschungsinstituts im Kontext von sozioökonomischer Ungleichheit? Gibt es Pläne in der Forschungsgruppe, hieran anzuknüpfen?

Sie sprechen hier zwei unterschiedliche Punkte an. Der eine Punkt ist, dass auch in der Wissenschaft Personen aus einem bildungsreichen Hintergrund überrepräsentiert sind. Allerdings wissen wir aus den Studien des Soziologen Michael Hartmann, dass die Wissenschaft offener ist als Unternehmen, Kirche und Militär. Bei der Bewegung #ichbinHanna geht es um die Frage der Beschäftigungsform im Wissenschaftsbetrieb und der damit verbundenen Unsicherheit. Ich halte Befristungen nach der Postdoc-Phase für pro-

blematisch, weil die hohe Unsicherheit häufig mit dem Wunsch nach Familiengründung kollidiert und sich die im System bleibenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zugleich von alternativen Arbeitsmarktchancen immer weiter entfernen.

Eine Verbindung zwischen beiden Punkten lässt sich dennoch herstellen: Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus wohlhabenden Familien können die Unsicherheit der akademischen Karriere leichter absorbieren. Wenn Sie im Notfall auf vorhandenes Vermögen zurückgreifen können, ist es viel leichter, solche Risiken einzugehen. Eine wichtige Funktion von Vermögen besteht genau darin, dass man risikoaffiner wird und damit dann möglicherweise attraktive Positionen erlangen kann, um die die anderen schon gar nicht mehr konkurrieren. Das ist dann ein Mechanismus der Reproduktion von sozialer Ungleichheit. Mit genau solchen Mechanismen werden wir uns in der Gruppe beschäftigen.

Nachrichten

Jens Beckert ist Mitglied der Academia Europaea



MPIfG-Direktor Jens Beckert wurde im Juli 2021 in die Academia Europaea aufgenommen. Die wissenschaftliche Gesellschaft mit Hauptsitz in London hat sich zum Ziel gesetzt, europäische Forschung zu fördern, Regierungen und internationale Organisationen in wissenschaftlichen Fragen zu beraten sowie interdisziplinäre und internationale For-

schung voranzutreiben. Sie wurde 1988 gegründet und hat derzeit rund 4.500 Mitglieder, darunter sind 72 Nobelpreisträgerinnen und Nobelpreisträger. Die Aufnahme erfolgt auf Einladung der Akademie an herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihres Fachs.

Academia Europaea

www.ae-info.org

Workshop zur Politischen Ökonomie des Wachstums in peripheren Ökonomien

Rund 30 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben sich Mitte April 2021 zu einem dreitägigen Online-Workshop mit dem Thema „The Political Economy of Growth in Peripheral Economies“ getroffen. Im Zentrum stand die Frage nach der systematischen Integration von peripheren Ländern und Regionen in die Debatten in der Vergleichenden Politischen Ökonomie über die Diversität von Wachstumsstrategien und die Entwicklung von kapitalistischen Systemen. Organisiert wurde die Veranstaltung von Arianna Tassinari, wissenschaftliche Mitarbeiterin am MPIfG, und Fabio Bulfone, MPIfG-Postdoktorand.

Bericht S. 29

Workshop „Insurance and Society“

Rund 30 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben sich im Juni 2021 zum dreitägigen Online-Workshop „Insurance and Society: Exploring the Relevance of a Neglected Financial Player“ getroffen. Ziel des Workshops war es, Forscherinnen und Forscher aus unterschiedlichen Disziplinen zusammenzubringen, um die Verflechtungen von Versicherungen mit verschiedenen Bereichen der Gesellschaft zu untersuchen, unterschiedliche Forschungsansätze zu verknüpfen und aktuelle Fragen für die Versicherungsforschung herauszuarbeiten. Organisiert wurde die Veranstaltung von den MPIfG-Wissenschaftlern Sebastian Kohl und Arjen van der Heide sowie Vera Linke, Universität Bielefeld.

Bericht S. 30

Online-Podiumsgespräch: „Corona – Aus der Krise lernen“

Am 18. Juni diskutierten Vera King, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Karl-Rudolf Korte, Universität Duisburg-Essen, und MPIfG-Wissenschaftlerin Lisa Suckert mit Gert Scobel zum Thema „Corona – Aus der Krise lernen“. Dabei ging es unter anderem darum, welche sozialen Konflikte sich durch die Pandemie feststellen lassen, welche Chancen und Risiken für unsere Demokratie sichtbar werden und wie die Corona-Krise unsere Zeitwahrnehmung beeinflusst. Die Online-Gesprächsrunde war eine Veranstaltung der Stadtbibliothek Köln in Kooperation mit dem MPIfG und der Buchhandlung Klaus Bittner und ein Beitrag zu den Kölner Themenwochen 2021 der Kölner Wissenschaftsrunde.

Kölner Wissenschaftsrunde

<https://koelner-wissenschaftsrunde.de>

Vortragsreihe „Wealth and Social Inequality“ im Sommersemester 2021



Vermögen und Vermögensungleichheit: Das war der thematische Schwerpunkt der Vortragsreihe „Wealth and Social Inequality“, die das MPIfG im Sommersemester 2021 anbot. In vier Vorträgen näherten sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dem Thema aus unterschiedlichen

Blickwinkeln: Sie hinterfragten Grundannahmen über Kapitalbesitz, erörterten ländervergleichend Unterschiede in der Vermögens- und Einkommensungleichheit und beleuchteten öffentlich geführte Diskussionen über Entführungen von Millionärinnen und Millionären in der Bundesrepublik.

Audio-Podcasts der Vorträge zum Nachhören

www.mpifg.de/aktuelles/Veranstaltungen/podcasts_de.asp

Alice Amsden Best Book Award: Honorable Mention für Aldo Madariaga



Aldo Madariaga, Leiter des MPIfG-Projektverbunds „Sozioökonomische Transformationen in Chile und Europa“ und Assoziierter Wissenschaftler des MPIfG, ist beim diesjährigen Alice Amsden Best Book Award der Society for the Advancement of Socio-Economics (SASE) mit einer lobenden Erwähnung (Honorable Mention) ausgezeichnet worden. Er erhielt die Ehrung für das Buch „Neoliberal Resilience: Lessons in Democracy and Development from Latin America and Eastern Europe“ (Princeton University Press, 2020). Der Alice Amsden Best Book Award wird jährlich für Bücher vergeben, die neue Erkenntnisse für die Erforschung ökonomischen Verhaltens und dessen Auswirkungen auf gesellschaftliche, institutionelle, historische und weitere Faktoren hervorgebracht haben.

Er erhielt die Ehrung für das Buch „Neoliberal Resilience: Lessons in Democracy and Development from Latin America and Eastern Europe“ (Princeton University Press, 2020). Der Alice Amsden Best Book Award wird jährlich für Bücher vergeben, die neue Erkenntnisse für die Erforschung ökonomischen Verhaltens und dessen Auswirkungen auf gesellschaftliche, institutionelle, historische und weitere Faktoren hervorgebracht haben.

Interview mit Aldo Madariaga

<https://tinyurl.com/MadariagaAmsdenBookAward>

Neu am Institut im Frühjahr 2021



Das MPIfG hat im Frühjahr 2021 Daria Tisch als wissenschaftliche Mitarbeiterin begrüßt. Seit 1. April ist sie Mitglied der aus Mitteln des Leibniz-Preises 2018 für Jens Beckert finanzierten Forschungsgruppe „Vermögen und soziale Ungleichheit“. Im Rahmen des Projekts „Reichtum in Deutschland: Strukturen, Kontinuitäten und Brüche“ wird ihre Forschung zur Erklärung der Schaffung, der Stabilität, des Wachstums und des Verlusts von Vermögen beitragen. Zuvor war Daria Tisch unter anderem wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe der DFG „Accumulation of Personal Wealth in Couples: Individual Resources and Gender Inequalities in Intimate Relationships (MyWealth)“.

Zuvor war Daria Tisch unter anderem wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe der DFG „Accumulation of Personal Wealth in Couples: Individual Resources and Gender Inequalities in Intimate Relationships (MyWealth)“.

Interview mit Jens Beckert zur neuen Forschungsgruppe S. 14

Max-Planck-Forum: „Schattenwirtschaft: Wie Menschen in unregulierten Märkten überleben“

Wie sieht der Alltag von in der Schattenwirtschaft beschäftigten Menschen aus? Was sind ihre Überlebensstrategien in den von Ausbeutung und Kriminalität geprägten Märkten? Und welche Schattenmärkte gibt es in Deutschland? Um diese und weitere Fragen ging es beim digitalen Max-Planck-Forum am 11. März 2021 vor rund 130 online zugeschalteten Zuhörerinnen und Zuhörern. Es diskutierten der Soziologe und MPIfG-Alumnus Matías Dewey, der Wirtschaftsjournalist und Autor Caspar Dohmen und Stefan Lux, stellvertretender Vorsitzender des Bundesverbandes für häusliche Betreuung und Pflege und Geschäftsführer der SHD Seniorenhilfe in Dortmund. Ausgangspunkt für die Diskussionsveranstaltung war das Buch „Schattenwirtschaft: Die Macht der illegalen Märkte“. Die Veranstaltung war eine Kooperation zwischen dem MPIfG, der MPG und der Stadtbibliothek Köln (Reihe „wissenswert – Gespräche am Puls der Zeit“).



Es diskutierten der Soziologe und MPIfG-Alumnus Matías Dewey, der Wirtschaftsjournalist und Autor Caspar Dohmen und Stefan Lux, stellvertretender Vorsitzender des Bundesverbandes für häusliche Betreuung und Pflege und Geschäftsführer der SHD Seniorenhilfe in Dortmund. Ausgangspunkt für die Diskussionsveranstaltung war das Buch „Schattenwirtschaft: Die Macht der illegalen Märkte“. Die Veranstaltung war eine Kooperation zwischen dem MPIfG, der MPG und der Stadtbibliothek Köln (Reihe „wissenswert – Gespräche am Puls der Zeit“).

Die Veranstaltung war eine Kooperation zwischen dem MPIfG, der MPG und der Stadtbibliothek Köln (Reihe „wissenswert – Gespräche am Puls der Zeit“).



*Dissertationen erfolgreich abgeschlossen:
Guadalupe Moreno (r.) und Hannah Pool (l.) bei der diesjährigen Promotionsfeier am MPIfG.*

Hannah Pool promoviert

Im Juli 2021 wurde Hannah Pool an der Universität zu Köln promoviert. Ihre Dissertation zum Thema „The Moral Economy of Coming to Europe“ untersucht die Migrationswege von Menschen, die aus Afghanistan über Iran, die Türkei, Griechenland und die Balkanroute nach Westeuropa kommen. Dabei wendet Hannah Pool das Konzept der moralischen Ökonomie an und analysiert auf der Basis einer ethnografischen Studie, wie soziale Interaktionen und wirtschaftliche Transaktionen sich bei undokumentierter Migration gegenseitig beeinflussen. Pool war von 2017 bis 2021 Doktorandin an der International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE) und ist zurzeit Postdoktorandin am MPIfG.

Timur Ergen erneut in SASE Executive Council gewählt



Im Frühjahr 2021 wurde Timur Ergen, wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPIfG, erneut in das Executive Council der Society for the Advancement of Socio-Economics (SASE) gewählt, dem er seit 2020 angehört. Das zentrale Entscheidungsorgan besteht derzeit aus 22 Mitgliedern. SASE ist eine internationale akademische Organisation, die sich zum Ziel gesetzt

hat, den interdisziplinären Austausch zwischen Wirtschaftssoziologie, Politischer Ökonomie und weiteren Disziplinen zu fördern.

<https://sase.org>

Danielle Pullan ist neue Sprecherin der Promovierenden

Im April 2021 haben die Doktorandinnen und Doktoranden der IMPRS-SPCE Danielle Pullan zu ihrer neuen Sprecherin gewählt. Sie übernimmt das Amt von Monica Bolelli und teilt sich die Aufgabe mit Vanessa Endrejat. Danielle Pullan ist seit 2020 Doktorandin an der International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE).

Bücher, Journal Articles und Discussion Papers

MPIfG Bücher

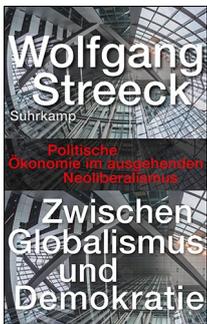
Wolfgang Streeck

Zwischen Globalismus und Demokratie: Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus.

Suhrkamp, 2021 | 538 Seiten

ISBN 978-3-518-42968-6 | Hardcover

ISBN 978-3-518-76626-2 | E-Book, EPUB



In der Hochphase des Neoliberalismus galt die Globalisierung als unvermeidlich und die umverteilende Demokratie als überholt. Wachsender Wohlstand für alle war das Versprechen, wachsende Unfähigkeit, die kapitalistische Ungleichheitsmaschine zu bändigen, ist das Ergebnis. Taumelnde Volksparteien, schrumpfende Gewerkschaften und grassierende Zweifel an der Leistungsfähigkeit demokratischer Institutionen sind die eine Folge dieser Entwicklung. Die andere sind Bewegungen wie die „Gelbwesten“ sowie neue Parteien an den Rändern des politischen Spektrums. Längst hat in vielen Ländern ein Tauziehen um die politische Ordnung begonnen, das die Gesellschaften zu zerreißen droht.

Angesichts dieser Situation, deren Ursachen im Zuge der Corona-Pandemie noch schärfer hervortreten, ist die Zeit reif für eine grundlegende Entscheidung, sagt Wolfgang Streeck in seinem fulminanten neuen Buch. Soll es mit dem Umbau des Staatesystems weitergehen wie gehabt, das heißt in Richtung einer noch stärkeren überstaatlichen Zentralisierung? Oder wäre der Weg in eine moderne, auf friedliche Kooperation ausgerichtete „Kleinstaaterei“ die bessere Lösung? Mit dem Ziel einer Neubegründung demokratischer Politik vor Augen fällt sein Votum eindeutig aus: für den zweiten Weg, auch und gerade in Europa.



MPIfG Journal Articles

Abstracts und Download

www.mpifg.de/pu/journal_articles_de.asp

Lucio Baccaro, Björn Bremer, Erik Neimanns

Till Austerity Do Us Part? A Survey Experiment on Support for the Euro in Italy.

In: European Union Politics, published online April 8, 2021.

Lucio Baccaro, Tobias Tober

The Role of Wages in the Eurozone.

In: Review of International Political Economy, published online March 3, 2021.

Jens Beckett

The Firm as an Engine of Imagination: Organizational Prospection and the Making of Economic Futures.

In: Organization Theory 2(2), 2021.

Sebastian Billows, Sebastian Kohl, Fabien Tarissan

Bureaucrats or Ideologues? EU Merger Control as Market-Centred Integration.

In: Journal of Common Market Studies, published online January 6, 2021.

Abel Bojar, Björn Bremer, Hanspeter Kriesi, Chendi Wang
The Effect of Austerity Packages on Government Popularity During the Great Recession.
 In: British Journal of Political Science, published online January 21, 2021.

Matías Dewey, Donato Di Carlo
Governing through Non-Enforcement: Regulatory Forbearance as Industrial Policy in Advanced Economies.
 In: Regulation & Governance, published online January 9, 2021.

Laura Einhorn
Meat Consumption, Classed? The Socioeconomic Underpinnings of Dietary Change.
 In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 46(2), 2021, 125–146.

Timur Ergen, Maki Umemura
Shifting Patterns of Expectations Management in Innovation Policy: A Comparative Analysis of Solar Energy Policy in the United States, Japan and Germany.
 In: Energy Research & Social Science 79, 2021.

Stefano Gasparri, Arianna Tassinari
“Smart” Industrial Relations in the Making? Insights from Analysis of Union Responses to Digitalization in Italy.
 In: Relations industrielles 75(4), 2020, 796–817.

Kostas Gemenis
Explaining Conspiracy Beliefs and Scepticism around the COVID-19 Pandemic.
 In: Swiss Political Science Review 27(2), 2021, 229–242.

Manolis Kalaitzake
Brexit for Finance? Structural Interdependence as a Source of Financial Political Power within UK-EU Withdrawal Negotiations.
 In: Review of International Political Economy 28(3), 2021, 479–504.

Konstantin A. Kholodilin, Sebastian Kohl
Social Policy or Crowding-Out? Tenant Protection in Comparative Long-Run Perspective.
 In: Housing Studies, published online March 30, 2021.

Sebastian Kohl, Timur Ergen
Is More Mittelstand the Answer? Firm Size and the Crisis of Democratic Capitalism.
 In: Analyse & Kritik 43(1), 2021, 41–70.

Sebastian Kohl, Jardar Sørvoll
Varieties of Social Democracy and Cooperativism: Explaining the Historical Divergence between Housing Regimes in Nordic and German-Speaking Countries.
 In: Social Science History, published online May 24, 2021.

Kathleen Lynch, Manolis Kalaitzake, Margaret Crean
Care and Affective Relations: Social Justice and Sociology.
 In: The Sociological Review 69(1), 2021, 53–71.

Erik Neimanns
Unequal Benefits – Diverging Attitudes? Analysing the Effects of an Unequal Expansion of Childcare Provision on Attitudes towards Maternal Employment across 18 European Countries.
 In: Journal of Public Policy 41(2), 2021, 251–276.

Erik Neimanns
Preferences, Vote Choice, and the Politics of Social Investment: Addressing the Puzzle of Unequal Benefits of Childcare Provision.
 In: Journal of Social Policy, published online June 3, 2021.

Erik Neimanns, Marius R. Busemeyer
Class Politics in the Sandbox? An Analysis of the Socio-Economic Determinants of Preferences Towards Public Spending and Parental Fees for Childcare.
 In: Social Policy & Administration 55(1), 2021, 226–241.

David Pinzur
Infrastructure, Ontology and Meaning: The Endogenous Development of Economic Ideas.
 In: Social Studies of Science, published online April 22, 2021.

Sidney A. Rothstein

How Workers Mobilize in Financializing Firms: A Theory of Discursive Opportunism.

In: British Journal of Industrial Relations, published online May 12, 2021.

Lisa Suckert

The Coronavirus and the Temporal Order of Capitalism: Sociological Observations and the Wisdom of a Children's Book.

In: The Sociological Review, published online June 16, 2021.

Arjen van der Heide, Dominik Želinský

„Level Up Your Money Game“: An Analysis of Gamification Discourse in Financial Services.

In: Journal of Cultural Economy, published online February 23, 2021.



MPIfG
Discussion
Papers

Abstracts und Download

www.mpifg.de/pu/discpapers_de.asp

Björn Bremer, Donato Di Carlo, Leon Wansleben

The Constrained Politics of Local Public Investments under Cooperative Federalism. MPIfG Discussion Paper 21/4.

Lucio Baccaro, Erik Neimanns

Determinants of Wage (Dis-)Satisfaction: Trade Exposure, Export-Led Growth, and the Irrelevance of Bargaining Structure. MPIfG Discussion Paper 21/3.

Martin Höpner

Dürfen europäische Gesetze Grundfreiheiten einschränken?

MPIfG Discussion Paper 21/2.



MaxPo
Discussion
Papers

Download

www.maxpo.eu/publications.asp

Matías Dewey, Cornelia Woll, Lucas Ronconi

The Political Economy of Law Enforcement. MaxPo Discussion Paper 21/1.

Aktuelle Publikationen des MPIfG

www.mpifg.de/pu/mpifg_pub_de.asp

First Doctoral Conference on the Social and Political Constitution of the Economy

Online-Konferenz

24. bis 26. März 2021

Im März 2021 fand die erste Konferenz der *International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE)* statt. An drei Tagen diskutierten Promovierende aus sieben Ländern ihre Projekte aus einem breiten Spektrum sozialwissenschaftlicher Forschung.

Die virtuelle Konferenz begann mit einem Vortrag von *Sigrïd Quack* (Universität Duisburg-Essen) zur sozialen Transformation in Zeiten der Pandemie. Quack erläuterte, wie die Krise Wandel beschleunigen, verstärken oder auch ein Wendepunkt sein kann. Die vielfältigen Formen gesellschaftlichen Wandels wurden in den folgenden Panels näher beleuchtet. *Lilith Dieterich* (Goethe-Universität, Frankfurt am Main) und *Matteo Marengo* (Scuola Normale Superiore, Florenz) diskutierten die staatliche Regulierung von digitalen Transformationsprozessen anhand von Fallanalysen über Blockchain in Deutschland sowie der staatlichen Regulierung digitaler Ar-

beitsplattformen. Die Netzwerkanalyse *John Christopher Bicks* (LSE) zur Nutzung ideeller Infrastrukturen zeigte, wie verwundbar etablierte Parteien gegenüber systemfeindlichen Parteien sind. *Hung HV Nguyen* (Universität Bremen) erörterte den Zusammenhang von Regierungsparteien und Wachstumsregimen. *Joanna Kitsnik* (Kyoto University) diskutierte die Akzeptanz sozioökonomischer Ungleichheiten und *Yongchao Jing* (University of Oxford) präsentierte ihre Analyse zu qualifikationsbedingter Einkommensungleichheit.

Den zweiten Tag eröffnete *Fernanda Gabriela de Andrade Coutinho* (University of Maringa, Brasilien) mit einer Erkundung moralischer Rechtfertigungen für Appgestützte Lebensmittellieferung, gefolgt von *Devika Narayan* (University of Minnesota) mit einer Theoretisierung des Market-Makings im Plattform-Zeitalter. Parallel stellte *Carolin Müller* (HIS) ihre Arbeit über die Corona-Krise als Herausforderung für die Staatsbonität in der

Eurozone vor. *Dustin Voss* (LSE) präsentierte seinen Entwurf eines Zielsetzung-Trilemmas der deutschen Finanzakteure. *Xiao Alvin Yang* (Universität Kassel) und *Daniel Yoder Zipp* (UCLA) erläuterten ihre Arbeiten zum chinesischen Kapitalismus und zur Entkopplung der Umweltpolitik im chinesischen Hinterland. Außerdem diskutierte *Dylan Cassar* (University of Edinburgh) sein Projekt zu epistemischen Kämpfen, politischen Imperativen und dem Quantitative Easing der Bank of England, bevor *Katrijn Siderius* (Goethe-Universität, Frankfurt am Main) die Rolle von Zentralbanken im Bereich nachhaltiger Finanzierung erörterte. Der Tag endete mit einem digitalen Pub-Quiz in lockerer Atmosphäre.

Die Themenschwerpunkte des letzten Tages lagen in den Bereichen Wohlfahrtsstaat und Wettbewerb. Mit wohlfahrtsstaatlichen Politiken beschäftigten sich *Franziska Laudénbach* und *Keonhi Son* (beide Universität Bremen), die mit Prozessanalysen über die (Re-)Formulie-



zung deutscher Migrationssteuerung und der Frauensozialpolitik in Europa die Einflusspotenziale sozialer Akteure untersuchten. Im Anschluss wurde das Projekt von *Luuk Schmitz* (EUI Florenz) zur Umgestaltung der Industriepolitik in der Europäischen Union und ein Beitrag zu Widersprüchen rund um das ökonomische Wettbewerbskonzept von *Laura Porak* (Universität Linz) debattiert. Das Abschlusspanel behandelte *José Tomás*

Labarcas (University of Edinburgh) Untersuchung des „Public Sector Borrowing Requirement“-Indikators im Vereinigten Königreich sowie die Studie von *Franziska Deeg* (Universität zu Köln) zur Wirkung internationaler Handelsrisiken und Migrationsströme auf die Wahrnehmung der Bedürftigkeit in Brasilien.

Unter einem breiten Themenspektrum brachte die Konferenz talentierte Nach-

wuchsforschende aus der ganzen Welt für einen interdisziplinären Austausch zusammen und schuf so zahlreiche Erkenntnis- und Vernetzungsmöglichkeiten.

Lukas Arndt, Monica Bolelli, Vanessa Endrejat, Annika Holz, Edin Ibrocevic, Michael Kemmerling, Ebru Ece Özbey und Mischa Stratenwerth

Imagined Capitalist Transformations Towards New Conceptions of the Economic Public Sphere, Economic Policy, and the State

SASE-Mini-Konferenz (online)

2. bis 5. Juli 2021

Im Juli dieses Jahres kamen fünfunddreißig Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus aller Welt zu einer Online-Konferenz mit dem Titel „Imagined Capitalist Transformations: Towards new Conceptions of the Economic Public Sphere, Economic Policy and the State“ zusammen. Die vom MPIfG (*Jens Beckert, Guadalupe Moreno*) und vom MPIfG-Projektverbund „Sozioökonomische Transformationen in Chile und Europa“ (*Aldo Madariaga, Felipe González López und Jorge Atria*) organisierte Veranstaltung war eine Mini-Konferenz im Rahmen der Jahrestagung der Society for the Advancement of Socio-Economics (SASE). Ziel war es, einen Beitrag zu den aufkommenden Debatten über die Rolle von Zukunftsvorstellungen in der zeitgenössischen kapitalistischen Dynamik zu leisten und die Zusammenarbeit zwischen dem MPIfG und dem Projektverbund in Chile zu vertiefen.

Panel 1 mit dem Titel „Imagining Work and Technology“ beleuchtete die Vorhersagen von Fachleuten zu technologischen Transformationen in der häuslichen Um-

gebung (*Vili Lehdonvirta, Lulu P. Shi und Ekaterina Hertog*, Oxford University, *Nobuko Nagase* und *Yuji Ohta*, Ochanomizu University, und *Setsuya Fukuda*, National Institute of Population and Social Security Research in Tokio), die Koalitionspolitiken zur Regulierung digitaler Arbeitsplattformen (*Matteo Marengo*, Scuola Normale Superiore, Italien) und die Rolle, die Vorstellungen von der Zukunft der Arbeit in internationalen Organisationen spielen (*Aldo Madariaga*, Universidad Diego Portales, Leiter des MPIfG-Projektverbunds „Sozioökonomische Transformationen in Chile und Europa“, sowie *Marcin Serafin*, Polnische Akademie der Wissenschaften). *Kathleen Griesbach* (MPIfG) kommentierte die Beiträge.

Das zweite Panel, „States, Markets and the Politics of Environmental Imaginaries“, umfasste Beiträge zu CO₂-Steuern und zum Übergang zu einer grünen Wirtschaft (*Daniel Driscoll*, University of California, San Diego), zu Imaginationen eines ökologisch-digitalen Kapitalismus (*Sarah Lenz*, Universität Hamburg), zur Dekarbonisierung im Energiesektor

(*José María Valenzuela*, Oxford University) und zu Strategien und Versprechen eines grünen Wachstums (*Sebastián Carrasco*, Universidad Católica de Temuco), kommentiert von *Aldo Madariaga*.

Das dritte Panel mit dem Titel „Financial and Monetary Futures“ bot Beiträge zur Bewertung der Infrastruktur als globaler Anlageklasse (*Chris Hurl* und *Alia Nurmohamed*, Concordia University), zur Kommunikation der Zentralbank (*Stefan Kesting*, Leeds University, und *Hendrik Theine*, Wirtschaftsuniversität Wien) und zu Finanzen und Klimarisiken (*Matthias Täger*, London School of Economics and Political Science). *Guadalupe Moreno* kommentierte das Panel.

Das vierte Panel mit dem Titel „Austerity after Covid: Will This Time be Different?“ versammelte Beiträge zur antizyklischen Fiskalpolitik nach Keynes im Verlauf der Covid-19-Pandemie (*Björn Bremer*, *Lucio Baccaro* und *Erik Neimanns*, MPIfG), zur politischen Geografie der Sparpolitik (*Zbigniew Truchlewski*, London School of Economics and Political Science), zur ideellen

Resilienz im Bereich der Sparpolitik (*Kate Alexander Shaw*, London School of Economics and Political Science), zu Einstellungen von Wählerinnen und Wählern zu fiskalpolitischen Zielkonflikten (*Evelyne Hübscher*, Central European University, *Thomas Sattler*, Universität Genf, und *Zbigniew Truchlewski*) und zu Einstellungen zu Steuern von Bürgern versus Eliten (*Jorge Atria*, Universidad Diego Portales). Im Anschluss kommentierte *Cornel Ban* (Copenhagen Business School) die Beiträge.

Panel 5 mit dem Titel „Private Property, Corporate Control, and Market-based Expectations“ umfasste Beiträge zur Pandemie und zum Unternehmertum auf moralisch geprägten Märkten (*Simone Schiller-Merkens*, Universität Witten/Herdecke, *Philip Balsiger*, Universität Neuchâtel, *Lisa Suckert*, MPIfG, und

Birthe Soppe, Universität Innsbruck), zu Veränderungen der Unternehmenskontrolle (*Javier Hernandez*, Catholic University of Temuco, *Jorge Atria*, *Gabriel Sotomayor*, London School of Economics and Political Science), zur promissorischen Legitimation in Zeiten der Pandemie (*Amit Avigur-Eshel*, Sapir College) und zu Hype-Cycles und produktbezogenen Erwartungen (*Neil Pollock*, University of Edinburgh). Die Beiträge wurden von *Felipe González López* (Universidad Central, Chile) kommentiert.

Den Abschluss der Mini-Konferenz bildete Panel 6 zum Thema „Capitalism, Crisis, and Future Imaginaries“ mit Beiträgen zu Covid-19 und politischen Imaginationen der Zukunft (*Charlotte Cator*, Copenhagen Business School), zur Veränderung der Grundlagen ökonomischen Denkens

und Handelns in der Krise (*Lukas Bäuerle*, Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung) und zu den gesellschaftlichen Grundlagen postindustrieller Imaginationen (*Timur Ergen*, MPIfG). *Jens Beckert* kommentierte die Beiträge.

Die Mini-Konferenz hat einen wertvollen Beitrag zu einer systematischen Integration des Studiums von Imaginationen der Zukunft im Bereich der Wirtschaftssoziologie und Politischen Ökonomie geleistet. Trotz des virtuellen Formats kam es zu lebhaften und intellektuell anregenden Diskussionen, die für einen vertieften Austausch zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus verwandten Disziplinen gesorgt haben.

Aldo Madariaga und Guadalupe Moreno

The Politics of Macroeconomic Policies

Online-Workshop

14. und 15. Januar 2021

Die Finanz- und die Eurokrise haben Fragen der Wirtschaftspolitik in Europa stark politisiert und die Covid-19-Pandemie verstärkt diesen Effekt: Die hohen Kosten der Krisenbekämpfung führen zu politisch brisanten Verteilungskonflikten. Wie viele Schulden kann der Staat machen und wie sollen diese abgebaut werden? Wie wirkt sich die neue Geld- und Fiskalpolitik auf das Politikvertrauen der Bürgerinnen und Bürger aus? Wie können wirtschaftlich gut gestellte Staaten wie Deutschland andere Länder in der Eurozone in Krisenzeiten unterstützen?

Zur Diskussion dieser Fragen hat das MPIfG im Januar 2021 eine Online-Konferenz ausgerichtet, an der rund vierzig Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Europa und den USA teilnahmen. Ziel der Konferenz war es, neue theoretische Ansätze und empirische Erkenntnisse zu för-

dern, die zu einem besseren Verständnis der Konflikte der Wirtschaftspolitik innerhalb und zwischen einzelnen Nationalstaaten im 21. Jahrhundert führen.

David Soskice (LSE) und *David Hope* (King's College) eröffneten das erste Panel mit einem Vortrag über die politische Ökonomie von Innovation und Wachstum und die Bedeutung des amerikanischen Wachstumsmodells für die internationale politische Ökonomie. *Erik Neimanns* (MPIfG) präsentierte im Anschluss Ergebnisse eines MPIfG-Forschungsprojekts über die öffentliche Meinung zu Wachstumsmodellen.

Das zweite Panel beleuchtete unterschiedliche Perspektiven der politischen Ökonomie Deutschlands. *Ken Scheve* (Yale) analysierte die politischen Auswirkungen der Integration Deutschlands in das globale

Handelssystem im frühen 20. Jahrhundert („German trade shock“), *Till van Treeck* (Duisburg-Essen) erörterte Deutschlands exportorientiertes Wachstumsmodell. *Lukas Haffert* (Zürich) referierte über die kollektive Erinnerung an die wirtschaftliche Lage in der Weimarer Republik und die daraus resultierende Angst vor Inflation. *Björn Bremer* (MPIfG) trug Ergebnisse eines Projekts vor, das die Treiber der regionalen Ungleichheiten öffentlicher Investitionen in Deutschland untersucht.

Der erste Tag endete mit einem Panel über Staatsverschuldung im Kontext der Finanzialisierung der letzten Jahrzehnte. *Charlotte Rommerskirchen* (Edinburgh) diskutierte die Politik der Staatsschuldenverwaltung in fortgeschrittenen Volkswirtschaften am Beispiel Deutschlands und des Vereinigten Königreichs. *Alison Johnston* (Oregon State) und *Zsófia Barta*

(Albany) legten Ergebnisse einer Studie vor, die zeigt, dass die Auswirkungen von Wechselkurssystemen auf die Kreditkosten von Staaten vom vorherrschenden makroökonomischen Kontext abhängen.

Der zweite Tag begann mit einem Panel zur Geldpolitik. *Nicole Baerg* (Essex) stellte Ergebnisse einer Meinungsumfrage zu der Auswirkung der Kommunikation von Zentralbanken auf die wirtschaftlichen Erwartungen der Menschen vor, *Benjamin Braun* (MPIfG) fokussierte sich auf den politischen Einfluss der Europäischen Zentralbank im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und des Wohlfahrtsstaats der Euro-Länder. *Clément Fontan* (UCLouvain) wiederum präsentierte erste Konturen eines Projekts zur Politik der Zentralbanken angesichts der Umweltkatastrophe.

Das zweite Panel widmete sich der Fiskalpolitik. *Lucy Barnes* (UCL) fragte, ob und weshalb linke Parteien in manchen Ländern als fiskalpolitisch unverantwortlicher angesehen werden als rechte Parteien.

Dies könnte die unterschiedliche Politisierung von Fiskalpolitik in unterschiedlichen Kontexten erklären. *Evelyne Hübscher* (CEU) und *Tim Vlandas* (Oxford) erörterten die Konsequenzen der Fiskal- und vor allem auch der Austeritätspolitik. *Evelyne Hübscher* argumentierte, dass Austeritätspolitik in einigen Ländern hohe politische Kosten haben kann, *Tim Vlandas* dagegen verwies darauf, dass Austeritätspolitik überraschend populär ist.

Das letzte Panel beschäftigte sich mit der Covid-19-Pandemie. Anhand einer Studie aus Spanien diskutierte *Alexander Kuo* (Oxford) die Frage, welchen Einfluss die Pandemie auf Umverteilungspräferenzen hat. *Lucio Baccaro* (MPIfG) präsentierte ein Umfrageprojekt über die öffentliche Meinung zur Vergemeinschaftung von Schulden, das zeigt, dass die Deutschen eine Vergemeinschaftung von Schulden positiver sehen als einen Austritt Italiens aus der Eurozone. Abschließend referierte *Waltraud Schelkle* (LSE) aus einer vergleichenden Perspektive

über das Krisenmanagement der EU und der USA während der Pandemie.

Das Online-Format stand einem regen Austausch nicht im Wege – im Gegenteil: Es haben sich interessante Anknüpfungspunkte für zukünftige Forschung ergeben, darunter die Politisierung und Beeinflussung bestimmter Formen der Wirtschaftspolitik durch Politikerinnen und Politiker und Parteien oder durch die Eliten. Hierzu hat die Konferenz interessante Perspektiven eröffnet und zugleich neue Forschungsfragen aufgeworfen. Die Frage, wie sich die Verteilungskonsequenzen verschiedener wirtschaftspolitischer Maßnahmen in der Politik niederschlagen und welche Muster der gesellschaftlichen Unterstützung für verschiedene Maßnahmen und Ansätze bestehen, wird auch in Zukunft die Forschung am MPIfG beschäftigen.

Björn Bremer

Website:

<https://tinyurl.com/WorkshopJanuar2021>

Max Planck Online Workshop in Comparative Political Economy

Online-Seminarreihe

Januar bis Juli 2021

Im Januar 2021 startete das MPIfG eine neue Online-Seminarreihe zur Vergleichenden Politischen Ökonomie mit dem Titel „Max Planck Online Workshop in Comparative Political Economy“ (MAX CPE). Die Seminarreihe soll ein Forum für die Präsentation und Diskussion neuer Forschungsergebnisse im Bereich der vergleichenden Untersuchung fortgeschrittener und aufstrebender kapitalistischer politischer Ökonomien bieten und dabei Austausch und Vernetzung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus aller Welt fördern.

Ein erster Call for Papers im Herbst 2020 fand großen Widerhall. Insgesamt 80 Forschende aus aller Welt bekundeten ihr Interesse an der Präsentation ihrer Forschungsergebnisse. Darunter waren Beiträge aus allen Teilgebieten der politischen Ökonomie: zu vergleichender Kapitalismusforschung, Finanzialisierung, Arbeitsmärkten und Arbeitsbeziehungen, Wachstumsmodellen, Sozialstaaten und Sozialpolitik sowie zu Themen an der Schnittstelle zwischen Vergleichender und Internationaler Politischer Ökonomie.

Auf Grundlage der eingereichten Vorschläge wurde ein Programm mit sieben Beiträgen erstellt, die zwischen Januar und Juli 2021 auf Seminaren im monatlichen Rhythmus präsentiert wurden. Jedes Seminar dauerte 90 Minuten und bot Zeit für eine 30-minütige Präsentation, gefolgt von einer kurzen Stellungnahme einer Kommentatorin oder eines Kommentators und einer Fragerunde mit dem Publikum. Dieses Format ermöglichte eine ausführlichere Diskussion aktueller Forschungen, als es bei gängigen Konferenzen üblich ist.

Zum Start der Reihe präsentierte *Kathleen Thelen* (MIT, MPIfG) neue Forschungsergebnisse zum Einfluss amerikanischer Gerichte auf die historische Entwicklung von Arbeitgeberorganisationen. *Tom O’Grady* (UCL) und seine Co-Autoren *Jack Blumenau*, *Timothy Hicks* (beide UCL), *Alan Jacobs* (UBC) und *Scott Matthews* (Memorial University) befassten sich dann auf Grundlage von Originalerhebungsdaten mit der hochaktuellen Frage, wie sich die Covid-19-Pandemie auf die Einstellung der Öffentlichkeit zur Umverteilung und zum Sozialstaat auswirkt.

In einem weiteren Seminar im März präsentierten *Karsten Kohler* und *Engelbert Stockhammer* (King’s College) einen Beitrag zur Entwicklung von Finanzzyklen, Sparpolitiken und der Wettbewerbsfähigkeit von Wachstumsmodellen in der Zeit nach der weltweiten Finanzkrise, der es ermöglichte, Erkenntnisse aus der postkeynesianischen Literatur zur Makroökonomie in die Debatten über die Vergleichende Politische Ökonomie einzubringen.

Im April folgte eine Präsentation von *Aina Gallego* (Barcelona), die in einem gemeinsam mit *Alexander Kuo* (Oxford), *Pepe Fernández-Albertos* (CSIC) und *Dulce Manzano* (Madrid) verfassten Artikel anhand von Umfrageexperimenten die Auswirkungen einer Konfrontation mit technologischen Automatisierungsrisiken auf individuelle politische Präferenzen untersuchte.

Im Mai präsentierte *Mareike Beck* (King’s College) einen Artikel zur Neubewertung des Einflusses der US-Finzen auf das europäische Bankensystem, den sie auf eine detaillierte historische Recherche stützte.

Im sechsten Seminar stellten *Georg Picot* (Bergen) und *Michal Kozák* (Oslo) einen Artikel zur politischen Strategie des Mindestlohns vor und gingen dabei erstmals näher auf die Einführung und unterschiedliche Ausprägung dieser Strategien in den einzelnen Industrienationen ein.

Im Juli stellten *Zsófia Barta* (Albany) und *Alison Johnston* (Oregon State) ein Buchprojekt vor, das sich mit der Frage beschäftigt, wie Kreditratingagenturen die politische Lage bewerten.

Die Beiträge der ersten Seminarreihe des MAX CPE haben eindrucksvoll die thematische und methodische Vielfalt in der Vergleichenden Politischen Ökonomie verdeutlicht. Sie boten Gelegenheit zu anregenden Diskussionen und ermöglichten einen Austausch zwischen Forschenden verwandter Disziplinen. Der zweite Call for Papers wurde im Juli 2021 gestartet. Nach einer kurzen Pause im August wird MAX CPE im September eine neue Runde von Online-Seminaren mit innovativen Erkenntnissen im Bereich der Vergleichenden Politischen Ökonomie präsentieren.

Björn Bremer und Arianna Tassinari

Website:

www.mpifg.de/projects/max-cpe

The Political Economy of Growth in Peripheral Economies

Online-Workshop

14. bis 16. April 2021

Im April 2021 fand am MPIfG ein virtueller Workshop zur Politischen Ökonomie des Wachstums in peripheren Ökonomien statt. Die von *Fabio Bulfone* und *Arianna Tassinari* organisierte Veranstaltung sollte einen Beitrag zu der noch jungen Debatte im Bereich der Vergleichenden Politischen Ökonomie über die vielfältigen Wachstumsstrategien kapitalistischer Wirtschaftssysteme leisten und dabei die Wachstumsdynamiken und -politiken in peripheren Volkswirtschaften näher beleuchten. Das Konzept der Peripheralität kommt bei Volks-

wirtschaften zur Anwendung, die eine untergeordnete oder abhängige Position zu anderen Volkswirtschaften im „Kern“ der globalen Märkte, globalen Wertschöpfungsketten und regionalen Wirtschaftsblöcken einnehmen. Inhaltlich orientierte sich der Workshop an zwei Leitfragen. Erstens sollte untersucht werden, wie sich verschiedene Arten der Peripheralität innerhalb der globalen politischen Ökonomie auf die Durchführbarkeit unterschiedlicher Wachstumsstrategien auswirken, die Länder zur Erschließung spezifischer Entwick-

lungschancen und -pfade verfolgen können. Zweitens sollten die politischen Dynamiken peripherer Wachstumsstrategien und die damit verbundenen politischen und sozialen Kosten näher beleuchtet werden. Ausgehend von den Erkenntnissen der einschlägigen Literatur, die sich bisher auf die südlichen und östlichen Peripheriestaaten der EU konzentrierte, setzte sich der Workshop mit weiteren geografischen Räumen auseinander und behandelte sowohl inner- als auch außereuropäische Forschungen.

Auf fünf Fachpanels haben 28 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler insgesamt 15 Beiträge präsentiert und kommentiert. Auf dem ersten Panel, „Peripheral Growth Strategies: Beyond Manufacturing Exports“, wurden verschiedene Wachstumsperspektiven für die Volkswirtschaften der Peripherie vorgestellt, die über den Export von Industrieerzeugnissen hinausgehen. *Neil Dooley* (Sussex) befasste sich mit der Strategie des durch ausländische Direktinvestitionen gestützten irischen Wachstumsmodells im Anschluss an die Krise. *Assaf Bondy* und *Erez Maggor* (beide Tel Aviv University) widmeten sich der unerwarteten Wiederbelebung eines lohngetriebenen Wachstums in Israel und dem Anteil der Gewerkschaften an dieser Entwicklung. *Alexander Spielau* (Hamburg) und *Sebastian Kohl* (MPIfG) diskutierten die Rolle des Immobiliensektors als unterbewerteter Wachstumsmotor.

Das zweite Panel, „Core-Periphery Dynamics in the EU: Co-Existence or Disintegration“, beleuchtete die Dynamik der Peripherisierung innerhalb der EU in Beiträgen von *Annamaria Simonazzi* (Universität Rom – La Sapienza) zur Zukunft der Union im Anschluss an die Coronakrise, von *Valentina Petrovic* (EUI) und *Giuseppe Celi* (Foggia) zu verschiedenen Verläufen der Peripherisierung zwischen den südlichen und östlichen Peripherien der EU und von *Dora Piroška* (CEU) und *Rachel Epstein* (Denver) zur Rolle der Kapital-

und Bankenunion bei der Gestaltung der Peripherisierung in EU-Finanzkreisläufen. Thema des dritten Panels „Developmental Pathways at the Periphery“ waren wirtschaftspolitische Entwicklungsstrategien an der Peripherie und die ihnen zugrunde liegenden Politiken. *Edgars Eihmanis* (EUI) und *Marek Naczyk* (Oxford) erörterten unterschiedliche Ansätze zur Aufwertung von KMU, die populistische Regierungen in Polen und Ungarn verfolgen. *Reto Bürgisser* (Zürich) und *Donato Di Carlo* (EUI/MPIfG) präsentierten einen Beitrag zum Tourismussektor als Wachstumsmotor in Südeuropa und *Cornel Ban* (Copenhagen Business School), *Clara Volintiru* (ASE) und *Gergő Medve-Bálint* (Hungarian Academy of Sciences) stellten ihre Forschung über die auf lokaler Ebene von unternehmerisch tätigen Gebietskörperschaften angestrebten Entwicklungsbündnisse in Polen, Rumänien und Ungarn vor.

Das vierte Panel, „Coalitional Dynamics at the Periphery“, analysierte die Politik der peripheren Wachstumsstrategien: *Jonathan Hopkin* und *Dustin Voss* (LSE) erörterten die Rolle politischer Parteien bei der Entwicklung von Wachstumsstrategien, *Jimena Valdez* (LSE) diskutierte die spezifischen arbeitsmarktpolitischen Präferenzen von Arbeitgeberorganisationen in Südeuropa und *Visnja Vukov* (UPF) die Koalitionsdynamiken, die langfristige Entwicklungspfade in Spanien und Polen prägen. Im letzten Panel, „The Dark Side of Peripheral Growth“, wurden die politischen

und sozialen Kosten der Wirtschaftsentwicklung an der Peripherie untersucht; dazu gab es Beiträge von *Francesco Bagnardi* (EUI) über die Rolle der informellen Arbeit in Wertschöpfungsketten von Peripheriestaaten, von *Tobias Rommell* (TUM) über die ungleichheitsfördernden Auswirkungen der Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen und von *Julia Langbein* (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Berlin) zu den Entwicklungsallianzen und zur Teilhabe der Eliten am Wachstum postsowjetischer Volkswirtschaften nach der Liberalisierung des Handels mit der EU.

Der Workshop bot eine Reihe ausgezeichnete Vorträge, die sowohl empirisch als auch theoretisch belegen, wie wertvoll der Beitrag einer systematischen Integration der Untersuchung von Volkswirtschaften der Peripherie im Bereich der Vergleichenden Politischen Ökonomie und der Debatte über Wachstumsmodelle ist. Es kam zu lebhaften, intellektuell anregenden Diskussionen, die einen vertieften Austausch zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verwandter Disziplinen ermöglichten. Ein Nachfolge-Workshop im Frühjahr 2022 und ein gemeinsames Sonderprojekt sind in Planung.

Fabio Bulfone und Arianna Tassinari

Website:

<https://tinyurl.com/growth-peripheral-econs21>

Insurance and Society: Exploring the Relevance of a Neglected Financial Player

Online-Workshop

9. bis 11. Juni 2021

Was können Studien über Versicherungen zur Erforschung von Phänomenen wie Entwicklung des Kapitalismus, technologische Innovationen, Klimawandel

oder soziale Ungleichheit beitragen? Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Soziologie, politischer Ökonomie und den Geschichtswissenschaften tra-

fen sich im Juni zu einem virtuellen MPIfG-Workshop, um den Forschungsstand und die gesellschaftliche Relevanz von Versicherungen zu diskutieren.

Das erste Panel hatte die „Grenzen des professionellen Wissens in Organisationen“ zum Thema und wurde von *JoAnne Yates* (MIT Sloan School of Management) kommentiert. *Robin Pearsons* (University of Hull) Studie über Lloyds 1970–2002 zeigte, wie eine verworrene Konstellation von Akteuren dazu beitrug, „Illusionen“ über die Expertise der Mitarbeiter von Lloyds aufrechtzuerhalten. *Paula Jarzabkowski* (CASS Business School, City University of London) rekonstruierte, wie „protection gap entities“, die Marktversagen im Versicherungssektor abmildern sollen, in ihren Versicherungsprogrammen sowohl versicherungsmathematische als auch politische Argumente heranziehen. *Tom Baker* (University of Pennsylvania Carey Law School) führte aus, wie General Electric erst zum Marktführer in der Pflegeversicherung wurde und dann mit dem Marktausstieg kämpfte, als sich herausstellte, dass versicherungsmathematische Schätzungen Zusatzkosten außen vor gelassen hatten.

Das zweite Panel befasste sich mit der Versicherung gegen Katastrophen und wurde von *Larry Frohman* (Stony Brook University) kommentiert. *Emanuel Ubert* (University of Wisconsin-Madison) untersuchte die Faktoren, die den Eintritt von Versicherern in hurrikangefährdete Hausversicherungsmärkte in den USA bestimmen. *Rebecca Elliott* (The London School of Economics and Political Science) analysierte die Versuche der US-Regierung, die US-Hochwasserversicherung durch das Projekt Risk Rating 2.0 mit der versicherungsmathematischen Risikopreisbildung in Einklang zu bringen. *Jessica Weinkle* (University of North Carolina Wilmington) schloss mit Überlegungen zur wissenschaftlichen Integrität im Versicherungsgeschäft, vor allem in Bezug auf die Modellierung klimabezogener Risiken.

Der zweite Tag begann mit einem Panel zu Versicherungskulturen. *Arjen van der Heide* (MPIfG) zeigte, dass die europäische Versicherungsregulierung von der Entwicklung eines finanziellen

Motivvokabulars begleitet wurde, das Versicherern ein neues Skript zur Verfügung stellte, aber noch Raum für Logiken jenseits des Finanziellen ließ. *Arjen van der Heide* und *Sebastian Kohl* (MPIfG) nahmen in ihrem Beitrag Alberts Unterscheidung zwischen maritimer und alpiner Versicherung auf und argumentierten, dass diese Typen, die weitgehend mit nationalen Varianten des Kapitalismus übereinstimmen (was der Kommentator *Matthieu Leimgruber*, Universität Zürich, als „Esping-Andersen reloaded“ bezeichnete), aufgrund der Finanzialisierungsdynamik konvergieren. Ebenfalls in vergleichender Perspektive beschäftigte sich *Martin Lengwiler* (Universität Basel) mit globalen Risikokulturen. Er zeichnete nach, wie die westlichen Versicherungsmodelle im China des 19. Jahrhunderts, im Osmanischen Reich sowie in Kenia und Nigeria Mitte des 20. Jahrhunderts aufgenommen wurden.

Ein weiteres Panel befasste sich mit Versicherungseinrichtungen auf Gegenseitigkeit im 19. Jahrhundert und wurde von *Jerònia Pons Pons* (Universität Sevilla) diskutiert. *Liselotte Eriksson* (Umeå University) und Ko-Autoren beschrieben die Entwicklung der schwedischen Gegenseitigkeitsvereine. *Vera Linke* (Universität Bielefeld) untersuchte die von Imitations- und Konkurrenzdynamiken geprägten Wechselwirkungen zwischen britischen „Friendly Societies“ und Versicherungsunternehmen.

Der zweite Tag endete mit der Keynote Lecture von *Timothy Alborn* (Lehman College, City University of New York), in der anhand von Fallstudien der Great Britain Mutual Life Assurance Society und der Manchester Unity of Odd Fellows Überlegungen zur Informationsethik und zu Informationsasymmetrien angestellt wurden.

Am letzten Tag standen aktuelle Entwicklungen in der Versicherungsbranche im Fokus, kommentiert von *Sara Aguiton* (Centre Alexandre-Koyré, Histoire des sciences et des techniques) und *Hugo*

Jeanningros (Sorbonne University Paris). *Liz McFall* (University of Edinburgh) beleuchtete die Beziehungen zwischen Versicherung und Architektur und stellte eine Verbindung zwischen dem Aufstieg des Insurtech-Sektors und seiner Arbeitsgebäude her. *Alberto Cevolini* (Universität Bielefeld) und *Elena Esposito* (Universität Bielefeld, Universität Bologna) sprachen über Telematik in der Kfz-Versicherung und argumentierten, dass diese Vereinbarungen eine Verlagerung hin zu einem proaktiveren Engagement mit den Versicherten darstellen.

Im letzten Panel diskutierte *Barbara Kiviat* (Stanford University) die These, dass risikobasierte Preisgestaltung eine klassifizierte Form ökonomischer Rationalität ist. Auf Basis von Umfragedaten zeigte sie, dass Personen mit höherem Einkommen risikobasierte Preisgestaltung eher als legitim ansehen, wenn die Risikofaktoren eine moralisch sanktionierte Variable widerspiegeln. *Maiju Tanninen* (Universität Helsinki) beendete den Workshop mit einem Beitrag über widersprüchliche Vorstellungen von Autonomie in der Verhaltensversicherung. Sie schlug vor, dass Behörden bei der Regulierung neuer Formen von Versicherungsbeziehungen der Autonomie von Akteuren mehr Aufmerksamkeit schenken sollten.

Vera Linke, Arjen van der Heide und Sebastian Kohl

Website:

www.mpifg.de/projects/insurance_and_society



Was macht eigentlich ...

Lukas Haffert

Oberassistent am Lehrstuhl für Schweizer Politik und Vergleichende Politische Ökonomie an der Universität Zürich

Doktorand an der IMPRS-SPCE von 2010 bis 2014

So ganz wusste ich nicht, was mich am MPIfG erwarten würde, als ich 2010 als Doktorand an der International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE) begann. Ich hatte in Münster und St. Gallen Volkswirtschaftslehre studiert, und zwar nur Volkswirtschaftslehre, also Mikro I bis V und Makro I bis V, mit entsprechend wenigen Blicken in benachbarte Disziplinen. Dass auch Soziologie und Politikwissenschaft sich mit der „Verfasstheit der Ökonomie“ beschäftigen, erschien mir spannend, aber ich hatte allenfalls eine vage Vorstellung davon, wie sie das tun.

Insofern war das erste Jahr in Köln für mich ein ziemlicher Augenöffner. In den „Economy and Society“-Kursen bei Wolfgang Streeck und Jens Beckert und in vielen Gesprächen mit meinen Kolleginnen und Kollegen an der IMPRS-SPCE wurde ich im Schnelldurchgang zum breiter denkenden Sozialwissenschaftler weitergebildet. Dass so ein Fachwechsel nie vollständig abgeschlossen ist, merke ich manchmal noch heute, etwa wenn Kollegen darüber berichten, wie ein politikwissenschaftliches The-

ma in ihrem Studium behandelt wurde. Dann lerne ich immer noch viel dazu.

Promoviert habe ich über die politische Ökonomie von Haushaltsüberschüssen, was sich als ziemlicher Glückstreffer erwies. Als ich meine international vergleichende Dissertation, in der Schweden, Kanada und Australien die Hauptrolle spielten, 2014 verteidigte, erzielte die Bundesrepublik ihren ersten Haushaltsüberschuss – die „schwarze Null“ war geboren. Damit hatte mein Thema eine Aktualität, die ein über den engen Kreis des Faches hinausgehendes Interesse weckte. Durch Vorträge und Publikationen hatte ich so die Gelegenheit, Erfahrungen in der Wissenschaftskommunikation zu sammeln – und zu erleben, wie irreführend die Vorstellung von der

Wissenschaft als Sender und der Öffentlichkeit als Empfänger ist. Bei fast jedem meiner Vorträge habe ich etwas vom Publikum gelernt. Mir schien aber auch, dass die wenigsten Menschen sich für sozialwissenschaftliche Ergebnisse interessieren, weil sie diese einfach spannend finden. Wer sich für unsere Arbeit interessiert, bringt häufig bereits eine eigene Meinung zum Forschungsthema mit und sucht nach wissenschaftlicher Bestätigung. Das finde ich auch gar nicht problematisch: Auch so können wissenschaftliche Argumente die Qualität einer öffentlichen Debatte verbessern.

Nach der Verteidigung meiner Dissertation ging ich für ein Jahr als Max Weber Fellow ans Europäische Hochschulinstitut in Florenz, bevor ich 2015 als Oberassistent

Durch Vorträge und Publikationen konnte ich Erfahrungen in der Wissenschaftskommunikation sammeln und erleben, wie irreführend die Vorstellung von der Wissenschaft als Sender und der Öffentlichkeit als Empfänger ist.



Derzeit lehrt Lukas Haffert an der Universität Zürich.

Zum Weiterlesen

Haffert, L.:

The Long-Term Effects of Oppression: Prussia, Political Catholicism and the Alternative für Deutschland.

In: American Political Science Review (im Erscheinen). Preprint: SocArXiv, online veröffentlicht 24. August 2020, <https://doi.org/10.31235/osf.io/ctkdf>

Haffert, L.:

Die schwarze Null: Über die Schattenseiten ausgeglichener Haushalte.

Suhrkamp, Berlin 2016.

zu Silja Häusermann an den Lehrstuhl für Schweizer Politik und Vergleichende Politische Ökonomie an der Universität Zürich wechselte, wo ich noch heute arbeite. Staatsfinanzen beschäftigen mich dort weiterhin, etwa in einem gemeinsamen Projekt mit meinem Doktorandenkollegen Daniel Mertens, der mittlerweile in Osnabrück lehrt. Neuerdings untersuche ich aber auch vermehrt Fragen der politischen Geografie, ein Thema, bei dem mir zum Beispiel die MPIfG-Alumni Philip Manow und Armin Schäfer immer wieder begegnen. Unter anderem habe ich mich ausführlich mit der Frage beschäftigt, warum Katholikinnen und Katholiken in Münster oder Köln sehr viel seltener die AfD wählen als in Bayern: Es handelt sich dabei zumindest teilweise um ein spätes Erbe des Kulturkampfes.

Seit 2018 bin ich außerdem Mitglied der Jungen Akademie, deren Sprecher ich

2020/21 war. In einer fachlich sehr bunten Gruppe von fünfzig jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern (das Wort „Nachwuchs“ ist verpönt), die jeweils für fünf Jahre aufgenommen werden, beschäftigen wir uns mit interdisziplinären Forschungsprojekten, Wissenschaftspolitik und dem Austausch von Wissenschaft und Gesellschaft. In der Jungen Akademie ist Wissenschaft ein bisschen so, wie sie sonst nur in PR-Broschüren erscheint: ein Raum, um Neues auszuprobieren, dabei Fachgrenzen zu überschreiten, auch mal zu scheitern, aber auch aus Projekten, die nicht klappen, etwas zu lernen.

Die Frage „Was macht eigentlich ein Postdoc?“ wäre nicht umfassend beantwortet ohne Blick auf den Arbeitsmarkt: Ich bin natürlich auf der Suche nach einer festen Stelle, was viel Zeit und oft auch eine hohe Frustrationstoleranz erfordert.

Viele meiner Kolleginnen und Kollegen nehmen deshalb Stellen im nichtdeutschsprachigen Ausland an. Ich habe mich jedoch gegen diesen Weg entschieden.

In meiner Forschung möchte ich mich in den nächsten Jahren noch stärker der Verknüpfung von politischer Geografie und politischer Ökonomie widmen. Regionale Unterschiede im politischen Verhalten drängen gerade mit Macht auf die Agenda der Politikwissenschaft. Mir scheint, eine politökonomische Perspektive kann dort noch wichtige Anstöße liefern.

Mehr zur Person

www.mwpweb.eu/LukasHaffert/de/

Verein der Freunde und Ehemaligen des MPIfG

Werden Sie Mitglied im Verein der Freunde und Ehemaligen des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung e.V. Der Verein ist das Netzwerk der Ehemaligen, der Kooperationspartner und der Unterstützerinnen und

Unterstützer des MPIfG. Sein Anliegen ist es, den Gedankenaustausch zwischen Freunden und Ehemaligen des MPIfG zu fördern und die Möglichkeit zu schaffen, untereinander und mit ihrem Institut in Verbindung zu bleiben.



friends@mpifg.de | www.mpfid.de/friends

Vorschau 2021/2022

Vortragsreihe „Regulating Transnational Labor“

Karen Shire, Universität Duisburg-Essen
MPIfG Scholar in Residence 2021/2022

In ihrer Vortragsreihe „Regulating Transnational Labor“ behandelt Karen Shire die Möglichkeiten und Herausforderungen der Regulierung grenzüberschreitender Arbeitsmobilität in der globalen Wirtschaft. Während die Migrationsforschung häufig für freie Mobilität plädiert, kritisiert die Arbeitswissenschaft, dass mit grenzüberschreitender Arbeit hart erkämpfter Arbeitsschutz umgangen und untergraben wird. Shire zeigt die Widersprüche zwischen der Liberalisierung der Arbeitsmobilität und der Regulierung der Beschäftigung auf.

Dienstag, 18. Januar 2022

**Theorizing Regulatory
Challenges of Transna-
tional Labor**

Dienstag, 25. Januar 2022

**Cross-Border Labor
Market Intermediaries**

Dienstag, 1. Februar 2022

**Trafficked, Forced, and
Informalized Labor**



Wissensansprüche in der Krise

18. und 19. November 2021

Institutstag des MPIfG

Öffentliche Vorträge im Wintersemester 2021/2022

Gurminder Bhambra, University of Sussex (6. Oktober 2021, 17 Uhr) | *Jennifer Pan*, Stanford University (27. Oktober 2021, 17 Uhr) | *Catherine De Vries*, Bocconi University, Milan (24. November 2021, 17 Uhr) | *Rowland Atkinson*, University of Sheffield (8. Dezember 2021, 17 Uhr) | *Duncan Wigan*, Copenhagen Business School (12. Januar 2022, 17 Uhr) | *Carolyn Sissoko*, University of the West of England, Bristol (26. Januar 2022, 17 Uhr)

MPIfG Lectures zum Nachhören

Öffentliche Vorträge und weitere Veranstaltungen des MPIfG als Audio-Podcasts

www.mpifg.de/aktuelles/veranstaltungen/podcasts_de.asp

Aktuelle Veranstaltungen am MPIfG

www.mpifg.de/aktuelles/veranstaltungen_de.asp

Die Veranstaltungen des MPIfG werden im Wintersemester 2021/22 voraussichtlich wieder in Präsenz stattfinden, unter den dann geltenden Corona-Schutzmaßnahmen. Bitte informieren Sie sich auf der Website des Instituts über Format und Anmeldung.

Werden Sie Teil der Forschungscommunity am MPIfG

Der Forschungsrahmen des MPIfG gibt Raum für eine Vielfalt an Themen und methodischen Ansätzen in den Sozial-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften. Unsere Programme bieten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aller Karrierestufen die Möglichkeit, in einem exzellenten internationalen und interdisziplinären Forschungsumfeld eigene Projekte zu verfolgen.

Internationales Doktorandenprogramm

International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE)

Ein Angebot für besonders begabte Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus der ganzen Welt im Bereich der Politikwissenschaften, der Wirtschaftssoziologie und der Organisationssoziologie. Kooperationspartner: Universität zu Köln und Universität Duisburg-Essen; eine binationale Promotion (Cotutelle) mit Sciences Po, Paris, ist möglich.

Bewerbung bis 28. Februar



Postdoktorandenprogramm

Während einer zweijährigen Forschungsphase am MPIfG arbeiten bereits promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an einem selbst gewählten Projekt und qualifizieren sich weiter durch internationale Zusammenarbeit und Vernetzung.

Bewerbung bis 31. Januar



Programme für Gäste

Professorinnen und Professoren, promovierte Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler sowie Promovierende finden bei Gastaufenthalten zwischen zwei und zwölf Monaten neue Impulse für ihre Forschung und beleben den wissenschaftlichen Austausch am MPIfG.

Bewerbung bis 30. April oder 31. Oktober

Erfahrene und renommierte Forscherinnen und Forscher aus den Politik-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften lädt das MPIfG als **Scholars in Residence** nach Köln ein.

Nominierung/Bewerbung bis 30. Oktober

Angebote für Studierende

Bachelor- und Master-Studierende der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erhalten im Rahmen einer Beschäftigung als studentische- bzw. wissenschaftliche Hilfskräfte oder eines Praktikums Einblicke in laufende Forschungsprojekte und den Institutsalltag am MPIfG. – Bewerbung initiativ oder auf die jeweilige Ausschreibung auf der MPIfG-Website.

Alle Programme und Ausschreibungen

www.mpifg.de/ausschreibungen